

bpa.Magazin

Ausgabe #4/2022
0947-4285

Der Druckkochtopf Pflege steht gefährlich vor dem Platzen

Die Überlastung
der Einrichtungen
gefährdet die
pflegerische Ver-
sorgung

Der Pflegenotstand ist längst da

Die Sicherstellung
der pflegerischen
Versorgung muss
wieder gewähr-
leistet werden

Maßnahmen gegen den Personalmangel

Teil 4 – Nur mit
Selbstbewusstsein
stärken wir das
Image der Pflege



Bereich Pflege
aufgegeben



„Uns reicht es!“

bpa



jede 3.

Mehr als **jede dritte**
Pflegeeinrichtung
in Deutschland
ist **Mitglied** im bpa

Editorial

Überlastungs- anzeige



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieses bpa-Magazin ist eine „Überlastungsanzeige“. So wie Pflegende damit anzeigen, dass es nicht mehr geht, dass sie strukturell daran gehindert sind, ihre Arbeit auf dem fachlich richtigen Niveau zu leisten, so schlagen auch wir Betreiberinnen und Betreiber Alarm.

So wie die ausgewählten Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Ausgabe erzählen, warum sie Sorge um die Fortführung ihrer Unternehmen haben oder sich direkt ganz aus der Pflege verabschiedet haben, denkt und fühlt sicher auch der ein oder andere von Ihnen. Die bürokratischen Belastungen, die weiter andauernden Herausforderungen der Pandemie und nun die explodierenden Lebensmittel- und Energiekosten – der Druck steigt für die Pflegeeinrichtungen an allen Ecken und Enden. Für die Absicherung gegen drastisch steigende Energiepreise haben wir einen Vorschlag für eine Direkterstattung vorgelegt, dem inzwischen Verbände, Politiker und Experten gleichermaßen folgen. Der von der Kommission der Bundesregierung zur Gaspreispbremse vorgeschlagene Hilfsfonds für soziale Dienstleister muss nun richtig ausgestaltet werden (siehe dazu auch den Beitrag ab Seite 6).

Zu all diesen aktuellen Erschwernissen kommt ein Personalmangel, für den die

rettenden Rezepte auf dem Tisch liegen, aber von den Entscheidungsträgern leider weitgehend ignoriert werden.

Das ist belastend für uns, vor allem aber eine Katastrophe für die Gesellschaft. Denn es sind letztlich die Pflegebedürftigen und ihre Familien, die keine Versorgung finden oder Absage nach Absage kassieren. Im Stich gelassen werden sie dabei von der Politik und den Pflegekassen, denn diese haben die gesetzliche Pflicht, die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung zu gewährleisten. In den Verhandlungen, die wir immer wieder mit genau diesen Kostenträgern führen, ist davon wenig zu spüren. Sie vertrauen offenbar darauf, dass wir Betreiberinnen und Betreiber schon weiterhin die Pflege leisten werden, ganz gleich mit welchen neuen Erschwernissen und Stolpersteinen man uns begegnet.

Diese Ausgabe des bpa-Magazins zeigt, dass diese Rechnung nicht unbegrenzt aufgeht. Die Verantwortlichen in Bund und Ländern sowie bei den Kassen sollten sich mit dem Gedanken anfreunden, dass die weißen Flecken der unversorgten Landstriche wachsen werden, wenn nicht schnell umgesteu-

ert wird. Was droht und was stattdessen geschehen muss, haben wir in mehreren Fachbeiträgen in diesem Heft dargestellt.

Und trotzdem: Es gibt viele gute Gründe, mit Selbstbewusstsein und großer Freude ein Unternehmen in der Pflege zu betreiben. Wir sind in einem Bereich tätig, in dem wir die tägliche persönliche Rückmeldung unserer Kundinnen und Kunden erhalten. Wir verändern und verbessern die Lebensbedingungen für die uns anvertrauten Menschen und spüren vor Ort in den Kommunen sowie von den betroffenen Familien eine große Wertschätzung. Aus dem Bewusstsein, Teil eines elementar wichtigen Versorgungsbereiches zu sein, schöpfe ich immer wieder neue Kraft – und vielen unserer Kolleginnen und Kollegen geht es genauso.

Politik und Pflegekassen sind schlecht beraten, wenn sie warten bis diese Kräfte erschöpft sind.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Bernd Meurer
Präsident

Titelthema

Der Druckkochtopf Pflege steht gefährlich vor dem Platzen

Die Überlastung der Einrichtungen gefährdet die pflegerische Versorgung

Von Bernd Tews und Norbert Grote

6

Interview mit Pflegeunternehmerin Ann Bandick

7

Interview mit Pflegeunternehmerin Bettina Plettl

10

Interview mit Pflegeunternehmer Gunnar Löwe

11

Interview mit Pflegeunternehmer Peter Tauber

11

Das sollten Sie wissen

Der Pflegenotstand ist längst da

Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung muss wieder gewährleistet werden

Von Norbert Grote und Bernd Tews

Maßnahmen gegen den Personalmangel: Teil 4 – Nur mit Selbstbewusstsein stärken wir das Image der Pflege

Von Norbert Grote

Kompetenzerweiterungen für Pflegekräfte – Was bedeutet die Erweiterung für die ambulanten Pflegedienste?

Von Bernd Tews

17

„Großteil der Pflegenden bleibt ihrem so wichtigen Beruf treu“

Zahl der Beschäftigten in der Pflege und Verweildauer in ihrem Beruf steigt seit fast zehn Jahren

Von Prof. Dr. Michael Isfort, Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP), Köln

19

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff – Gemeinsame Anstrengung zur Umsetzung gefordert

Symposium „Pflegepolitik für die Praxis von morgen“ anlässlich des 70. Geburtstags von Elisabeth Beikirch

21

Besuchen Sie unsere Jubiläums-Fachtagung

Die 20. bpa-Fachtagung für Einrichtungen der Behindertenhilfe findet vom 1. bis 2. Dezember 2022 in Berlin statt.

22

Gespräch mit Corinna Rüffer, Berichterstatterin für Behindertenpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Teil 3 unserer Gesprächsserie mit den für die Eingliederungshilfe verantwortlichen Abgeordneten

23

Pflege in Gestaltung der TI-Prozesse einbinden

bpa und opta data Gruppe stellen gemeinsames Pilotvorhaben für die Telematikinfrastruktur (TI) in der Pflege vor

24

Der bpa auf der Medcare 2022 in Leipzig

25

Aktuelles aus den Ländern

Landesgruppe Baden-Württemberg

12 Neue Wege beim Servicehaus Sonnenhalde

Wohnpark „Viertel4“ feiert Richtfest

26

Landesgruppe Baden-Württemberg

15 Fachkonferenz zu Arbeitsschutz und Prävention

Veränderungsprozesse in der Pflege gesund gestalten

27

Landesgruppe Berlin

Sommerfest: Die Landesgruppe Berlin trotz dem Starkregen

28

Landesgruppe Berlin

45 Jahre Mitglied im bpa Berlin

Feierliche Urkundenübergabe im Sozialpsychiatrischen Pflegezentrum „Am Körnerpark“

29

Landesgruppe Berlin

45 Jahre Mitglied im bpa Berlin

Feierliche Urkundenübergabe im Seniorenzentrum Grüntaler Straße

29

Landesgruppe Berlin

Im Norden Berlins entsteht neues Seniorenwohn- und Pflegequartier

Betreiberin wird das bpa-Mitglied Katharinenhof

30

Landesgruppe Bremen/Bremerhaven

85 Prozent der bpa-Mitglieder in Bremen orientieren sich am Tarif – ambulante Pflegedienste entscheiden sich für höchste Vergütung bei den Beschäftigten

31

Aktuelle Informationen rund um die Arbeit des bpa gibt es auch auf Twitter.

Folgen Sie uns unter @der_bpa



bpa.portal

Landesgruppe Hamburg 20 Jahre Stadtdomizil – 20 Jahre „Mitten im Leben“	32	Broschüre „Beschäftigung von Pflegekräften aus der Europäischen Union (EU) und dem weiteren Ausland (Drittstaaten)“ Neue, vollständig überarbeitete Ausgabe 2022 erschienen	45
Landesgruppe Hamburg Zeitarbeit überflüssig machen bpa und Hamburgische Krankenhausgesellschaft fordern Finanzierung von Poollösungen in der Pflege	33	Verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter In den vergangenen Monaten konnten zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bpa ihr Betriebsjubiläum feiern	46
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern Austausch zur Gewinnung von Pflegekräften: Gesundheitsministerin Stefanie Drese besucht Pflegebiechen in Bad Doberan	34	Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	48
Landesgruppe Niedersachsen „Die Ära des Schweigens ist zu Ende“ – Mitgliederversammlung in Hannover	35	Der bpa auf der ConSozial 2022	49
Landesgruppe Niedersachsen Im Dialog mit der Landespolitik: Susanne Schütz besucht Pflegezentrum Edeweicht	37	Ihre Ansprechpartner beim bpa	50
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen Sommerfest der bpa-Landesgruppe mit Rekordbeteiligung	38	Impressum	51
Landesgruppe Rheinland-Pfalz Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ Regionalbotschafter von bpa-Mitgliedseinrichtung vertritt jetzt Rheinland-Pfalz	40		
Landesgruppe Sachsen-Anhalt Fachgespräch zur Eingliederungshilfe mit der Landespolitik Unsicherheit in der Angebotsplanung ist inakzeptabel	41		
Landesgruppe Schleswig-Holstein Sozialministerin Aminata Touré besucht bpa-Mitgliedseinrichtung in Lütjensee	42		
Landesgruppe Schleswig-Holstein Unternehmerpreis für Newcomerinnen 2022 an Bozena Jäger und Natali Köthe verliehen	43		
Landesgruppe Thüringen Empfang 2022 der Landesgruppe mit Besichtigung der Weinkellerei in Bad Sulza	44		

Der Druckkochtopf Pflege steht gefährlich vor dem Platzen

Die Überlastung der Einrichtungen gefährdet die pflegerische Versorgung

Von Bernd Tews und Norbert Grote

Die Wissenschaft schlägt schon seit Jahren Alarm: Die Sicherstellung der Pflege war schon vor der Pandemie kaum noch gewährleistet (siehe auch Text auf Seite 12). Die Krise war schon damals da, es brannte bereits lichterloh – jetzt kommen neue Brandbeschleuniger dazu.

Am 6. Oktober titelte die Leipziger Volkszeitung „Pflegedienst schließt – 88 Patienten betroffen“. Im rheinland-pfälzischen Mörsbach machte kurz zuvor eine vollstationäre Pflegeeinrichtung des Roten Kreuzes die Pforten dicht und aus Brandenburg kommen Berichte über die Schließung von Tagespflegen. Nur einige Beispiele aus jüngerer Zeit. Damit wird inzwischen Tag für Tag aktenkundig, wovor Experten schon lange warnen: Die Kombination aus Pandemiefolgen, genereller massiver Belastung der Pflegeeinrichtungen sowie steigenden Sprit-, Energie- und Lebensmittelkosten ist eine toxische Mischung für die pflegerische Infrastruktur.

Diese Gründe hatten die Betreiber des Dienstes in Leipzig auch als Grund für die Einstellung ihrer Leistungen angegeben. Patientinnen und Patienten, vor allem natürlich deren Familien, gerieten massiv unter Druck, weil sie innerhalb weniger Tage in der ohnehin angespannten Versorgungslandschaft einen neuen Pflegedienst finden mussten.

Die Ereignisse in Leipzig, Mörsbach und leider auch an vielen anderen Orten machen deutlich, vor welcher Gefahr die pflegerische Versorgung in Deutschland steht. Wer sich unter Betreiberinnen und Betreibern umhört, hört immer wieder von Plänen, das eigene Unternehmen aufzugeben oder an einen anderen Anbieter zu verkaufen.



bpa-Geschäftsführer Bernd Tews



bpa-Geschäftsführer Norbert Grote

Fotos: Meike Kenn

Die Gründe sind fast immer gleich: Eine Mischung aus extremen personellen Engpässen, zusätzlichen Aufgaben wie der Auszahlung des Pflegebonus oder des Energiegeldes, der Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht oder immer neuer Corona-Schutzregeln, neben immensen bürokratischen und regulatorischen Belastungen sowie Terminverzögerungen, weil die Kostenträger unterbesetzt sind, bevor es dann in einen immer härter werdenden „Verhandlungskampf“ um die angemessenen Refinanzierungen gehen muss, der nicht selten vor der Schiedsstelle landet.

Dort türmen sich in einigen Bundesländern Aktenberge auf, weil die Schiedsstellen mit der Bearbeitung vieler Anträge nicht mehr hinterherkommen. Schiedsstellentermine werden frühestens nach vier bis neun Monaten vergeben. (Einige konkrete Beispiele zu Auseinandersetzungen in der Praxis finden Sie auch in den Kästen rund um diesen Text.). Dabei ist die Belastung und zunehmende Überlastung der Pflegeeinrichtungen kein neues Phänomen und ein langer, schleichender Prozess. Wer von au-

ßen auf die Situation in der Branche schaut, ist oftmals entsetzt, wie ineffizient Kostenträger teilweise handeln und wie minutiös reglementiert die Einrichtungen die Versorgung der ihnen anvertrauten Menschen organisieren müssen. Die aber, die mitten im System stecken, haben lange Zeit den zunehmenden Druck ausgehalten – wie der sprichwörtliche Frosch im heißer werdenden Wasser. Jetzt aber steht der Druckkochtopf Pflege gefährlich vor dem Platzen.

Zunehmende bürokratische Anforderungen gibt es schon lange und in großer Zahl. Trotz großangelegter Projekte zur Entbürokratisierung und immer wiederkehrender Bekenntnisse mit tollen Wortschöpfungen der Politik – von Entschlackung oder Entfesselung wird dabei gerne gesprochen – sind diese mehr geworden, nicht weniger. Zu den üblichen, aufwändigen Pflichten wie komplizierten Abrechnungsverfahren, langwierigen Ein- oder Höherstufungen oder den Abwicklungen immer neuer Überprüfungen – vom Medizinischen Dienst, ordnungsrechtlichen Behörden, Gesundheitsämtern bis hin zur Lebensmittel-

Interview mit Pflegeunternehmerin Ann Bandick

Ihr Unternehmen, die MP Ann Bandick GmbH, besteht seit mehr als 30 Jahren und war umfassend in der ambulanten Pflege engagiert. Jetzt ziehen sie sich aus diesem Bereich zurück. Warum haben sie sich für diesen besonderen Schritt entschieden?

Als examinierte Kinderkrankenschwester und nach 40 Jahren beruflicher Tätigkeit in der Pflege und meinem Grundverständnis von ganzheitlicher Versorgung von Menschen in hilfebedürftigen Lebenssituationen ist es für mich ein extremer Schritt gewesen. Zumal ich die Notwendigkeit von pflegerischer Leistung (ich spreche dies bewusst als Leistung an und nicht als Versorgung) als eine rein lebensnotwendige Wissenschaft sehe, die die meisten Bürger in ihrem Leben irgendwann in Anspruch nehmen. Umso mehr ist es zwingend, sich damit auseinanderzusetzen, warum die Gesellschaft und hier das Individuum, das betroffen ist, die Pflege so schlecht behandelt. Gern wird immer zuerst auf die Politik geschaut, meine Analyse aber beginnt bei jedem von uns selbst als Bürger dieses Staates.

Über die Jahrzehnte habe ich einen Abbau an Respekt vor diesem Beruf erlebt. Immer mehr Tätigkeiten kamen hinzu, die mit der Pflege selbst nicht mehr viel zu tun hatten und diese verdrängten. Nur noch Anteile der notwendigsten Pflege blieben übrig und das bei immer mehr Stellenabbau. Dies betraf die Pflege in Kliniken wie in Trägereinrichtungen der Pflege ambulant wie stationär.

Bei allem Ausbau von Hilfeangeboten in der ambulanten und stationären Pflege, insbesondere nach der Einführung der Pflegeversicherung, ist schon durch Herrn Blüm immer erläutert worden, dass es sich in dieser Sozialversicherung nur um eine Teilleistung handelt. Die Bevölkerung hat das bis heute nicht verinnerlicht. Die Vor-



Ann Bandick,
MP Ann Bandick
GmbH,
Hamburg

stellung, das selbst Erwirtschaftete dafür ausgeben zu müssen, tut zu weh. In meiner Selbständigkeit habe ich mit den Kollegen immer wieder erlebt, wie vehement eine Privatzahlung als unangemessen abgelehnt wurde – zum Teil auch zum eigenen Schaden. Dann eben keine Pflege, anstatt die „Autoflotte“ des mobilen Pflegedienstes zu finanzieren.

Wenn aber die Gesellschaft selbst keine Notwendigkeit sieht, die Pflege als notwendigen Leistungsbereich mit Qualität anzusehen, so wie es die Medizin schon immer genießt, dann besteht auch für die Politik keine Dringlichkeit, sich des Ganzen anzunehmen.

Ein weiterer Punkt ist die unzulängliche Ausbildungssituation von unterschiedlich eingesetzten Pflegekräften in Kliniken, ambulanten oder stationären Einrichtungen. Immer wieder wird durch die Politik erklärt, dass Pflegekräfte zu wenig verdienen. Grundsätzlich kann das richtig sein in der Betrachtung, was Pflegekräfte alles leisten: In Kliniken werden zum Beispiel schon seit Jahrzehnten laufend ärztliche Tätigkeiten bereitwillig an die Pflege abgetreten und diese ist so doof, das auch zu tun. Nicht dass die Pflegekräfte dies nicht verantwortungsvoll leisten würden, sie sind aber nicht im Leistungskatalog der Pflege zu finden. Wenn diese Leistun-

gen nun zukünftig gelehrt werden würden und dann auch offiziell von Pflegekräften erbracht werden könnten, wären sie damit auch gerechtfertigt bezahlt. So lässt sich der Beruf weiter qualifizieren, auch in der gesellschaftlichen Anerkennung sowie im Gehalt. Ich höre, nichts davon ist in Umsetzung. Weiterhin Geschwafel von Politikern, die das moralische Pre vor sich hertragen. Dabei wären sie Wissende und damit Täter.

Kommen wir zur Aufhebung der Tarifautonomie in der Branche. Als diese im letzten Jahr ins Gespräch kam, habe ich nicht an eine Schwierigkeit der Finanzierung von Gehältern gedacht. Die Gehälter meiner Mitarbeiter lagen schon über dem, was nun zukünftig verlangt werden sollte. Es war der Eingriff durch Kostenträger, die nun zukünftig auch die Kontrolle der unternehmerischen Verantwortungen steuern wollten. Und das in einer Gemengelage, in der niemand Pflegekräfte, schon gar keine qualifizierten Kräfte, auf dem Arbeitsmarkt mehr findet. Man kann nicht Leistungsanforderungen an Qualität, Quantität durch Demographie, Dokumentationsflut mit digitaler Unterversorgung, massiven Datenschutz, Kostenträgern, die auf der inhaltlichen Seite der Leistungen taub sind, unendlich hoch schrauben, wenn es grundsätzlich in den nächsten Jahren und wohl noch viel

länger gar keine Fachkräfte mehr gibt. Als verantwortliche Unternehmerin habe ich hier die Reißleine gezogen. Und damit bin ich kein Opfer, sondern handelnder Akteur.

Sie sind weiter unternehmerisch aktiv, Sie und Ihre Mitarbeiter sind ein geschätzter Anbieter im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe. Was ist dort anders als in der Pflege?

Erstens. Der grundsätzliche Unterschied besteht darin, dass diese Leistungen auf Rechten der Bürger bestehen, die direkt aus dem Grundgesetz abgeleitet sind, zum Beispiel Jugendschutz und Wohlfahrt, soziale Teilhabe und so weiter. Deshalb sind diese Leistungen steuerfinanziert. Im Gegensatz dazu ist die Pflege eine Versicherungsleistung.

Zweitens. Ähnlich wie in der Pflege geht es hier auch um eine Problembeschreibung von Ursachen und Symptomatik, daraus folgenden Zieldefinitionen und Lösungsvorschlägen in gemeinsamer Umsetzung. Allerdings in der Übertragung von Stundenanwesenheiten, in denen diese Leistungen aus den Rehabilitationsplänen oder Hilfeplänen umgesetzt werden. Und dabei ist es egal, ob man ein Budget erhält und die Anforderungen innerhalb eines Budgets in Stundenleistungen umrechnet oder pro Stunde mit einem Stundenpreis finanziert wird. Wichtig ist die gemeinsame Kontrolle in definierten Zeitabläufen, um Veränderungen zum Wohle des betroffenen Leistungsempfängers zu gewährleisten und festzustellen.

Die Verhandlungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern laufen auf Augenhöhe. Dort wird nicht von oben nach unten regiert und damit ist immer gemeint, der Kostenträger oben mit Geld, der Leistungsempfänger und Leistungserbringer immer unten. Eine Wertschätzung der Tätigkeiten durch die Gesellschaft ist gege-

ben, auch wenn manche auch hier langsam anzweifeln, ob dies auch so bleibt.

Wenn sich Unternehmerinnen wie Sie aus der Pflege zurückziehen, haben wir gesellschaftlich also ein großes Problem. Was raten Sie der Politik, die ja die Verantwortung hat, eine pflegerische Versorgung der Bevölkerung zu sichern? Und was heißt das für die Zukunft?

Wir stecken in massiven Krisen, die die Bevölkerung direkt betreffen. Energie, Frieden, Staatskosten und Finanzpolitik sind auf dem Prüfstand. Ohne die gesellschaftliche Akzeptanz mit gleichzeitiger Leistungsanforderung und späterer Aufarbeitung durch die Politik werden wir das nicht schadlos meistern.

Um dem zeitlichen Druck des Pflege-notstands und der Demographie entgegenzutreten, bleibt nur, sich mit einem Ausschuss aus allen Parteien sofort dem Thema anzunehmen. Das Problem öffentlich benennen, dem Beruf sofort über gute Ausbildung den Stand verleihen, der ihm gebührt, die Ärzteschaft in die Pflicht nehmen, entsprechende Hierarchien zu beenden, die Pflegewissenschaft konzentriert gleichwertig aufbauen. Den Arbeitsmarkt an qualifizierten Kräften aus dem Ausland dringend zulassen. Hier gibt es immer noch unendliche Hürden. Den Unternehmen mehr vertrauen, dass sie entsprechendes Personal anleiten und im Unternehmen aufbauen. Abbau von aggressiv anmutenden Verhandlungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern, hin zu inhaltlicher Definition und angemessener Zahlung. Partnerschaftliche Kontrollinstanzen, die regelhaft die Pflegesituation von Klienten vor Ort unabhängig von Kostenträgern und Leistungserbringern beurteilen.

Altenpflege sollte ein Grundrecht sein und keine Versicherungsleistung.

aufsicht – kommen ständig neue Aufgaben neben der eigentlichen Pflege hinzu.

Aktuelle Beispiele gewünscht? Die Politik denkt sich einen Corona-Bonus für die Pflegenden aus. Gute Sache. Aber wer muss die Auszahlung an die Mitarbeitenden abwickeln? Die Pflegeunternehmen. Die Haushalte sollen mit einer Energiepauschale entlastet werden. Auch eine wichtige Hilfe. Wer soll es aber wieder organisieren und die Gelder weiterleiten? Die Pflegeeinrichtungen.

Und das in einer Phase, in der die Betreiberinnen und Betreiber von Pflegeeinrichtungen händeringend Personal suchen, mit den Folgen der Pandemie immer noch zu kämpfen haben und nun auch noch mit zusätzlichen wirtschaftlichen Unsicherheiten aufgrund der explodierenden Energiekosten und anderen Sachkostenpositionen konfrontiert sind. Nach dem Auslaufen des Pflege-Rettungsschirms sind viele Einrichtungen mit zusätzlichen Kosten für Hygienemaßnahmen, Schutzkleidung und zusätzliches Personal belastet, deren Refinanzierung nicht gesichert ist. All das muss aufwändig in Auseinandersetzungen mit den Kostenträgern verhandelt werden. Hohe Krankenstände durch Covidfälle und eine allgemeine Belastung nach zwei Jahren Pandemie setzen die Teams und die Leitungskräfte in den Einrichtungen zusätzlich unter Druck.

Währenddessen mussten genau diese Leitungskräfte die politisch völlig un- ausgelegene Tarifpflicht einführen – unter Zeitdruck, weil Ministerium und Kassen zuvor alle Fristen gerissen hatten, sich der Gesetzgeber aber unbedingt zum 1. September feiern lassen wollte und deshalb den Einrichtungen keine faire Zeitspanne zur Umsetzung zugestanden hat. Pflegebedürftige und ihre Familien standen plötzlich vor erheblichen höheren Abrechnungen und wandten sich mit ihrem Ärger zunächst an die Einrichtungen, weil sich die Politik als eigentlicher Verursacher des Kostenanstiegs vornehm zurückhielt.

Und in genau diese Gemengelage schlugen nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine die Kapriolen an den Energiemärkten ein. Ambulante Dienste starrten entsetzt auf immer neue Rekordmarken an den Tanksäulen, während in den vollstationären und teilstationären Einrichtungen die Sorge vor den neuen Abschlagsforderungen der Energieversorger wuchs. Teilweise flatterten bereits neue Abschlagsforderungen mit einer bis zu zehnfachen Erhöhung des Gaspreises und damit mehreren hunderttausend Euro Kostenmehrbelastung ins Haus. Die steigenden Lebensmittelpreise und eine allgemeine Inflation von inzwischen zehn Prozent tun ein Übriges, um die Kostenbelastungen auf ein ungekanntes und kaum vorstellbares Niveau steigen zu lassen. Schnelle und unbürokratische Maßnahmen zur Unterstützung der Einrichtungen hätten spätestens zu diesem Zeitpunkt erfolgen müssen. Damit hätte die Politik auch das Signal gesendet: Ihr seid wichtig, systemrelevant nicht nur in Sonntagsreden, und wir sichern die elementar bedeutsame pflegerische Versorgung in dieser besonderen Belastungssituation.

Der bpa hat dafür schon früh die Blaupause auf den Tisch gelegt: Mit einer Direkterstattung nach dem Vorbild des Corona-Rettungsschirms könnten die enormen zusätzlichen Kosten abgedeckt werden, ohne dass die Einrichtungen bürokratisch belastet werden. Auch die Pflegebedürftigen wären so vor den hohen zusätzlichen Kosten geschützt. Die Rückmeldungen aus den Reihen der Mitglieder waren ganz deutlich: So eine Lösung würde eine Welle der Motivation auslösen. Wertschätzung und spürbare Entlastung – das ist der Stoff, aus dem ein positiver Impuls für die gesamte Pflegebranche gewebt werden könnte.

Sehr schnell hatte der bpa für seinen Vorschlag Unterstützer. Weitere Verbände, auch aus dem gemeinnützigen Spektrum, versammelten sich ebenso hinter der Idee wie der Patientenbeauftragte der Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die

Grünen. Auch der Bundesrat sendete einen klaren entsprechenden Appell an die Bundesregierung. Der unerwartete Stolperstein zeigte sich geraume Zeit in Form des Bundesfinanzministeriums. Inzwischen hat die eingesetzte Expertenkommission, die im Auftrag der Bundesregierung die Grundlagen für die geplante Gaspreisbremse entwickelt hat, die Idee der Direkterstattung aufgegriffen und klargestellt, dass die Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftigen sowie die sozialen Einrichtungen trotz Einmalzahlung und Gaspreisbremse nicht auf erheblichen weiteren Kosten sitzen bleiben dürfen und damit auf zusätzliche Unterstützungen angewiesen sind. Die Fachleute fordern einen „Hilfsfonds für soziale Dienstleister“, der nach Einmalzahlung und Gaspreisbremse noch verbleibende Kosten übernehmen soll, um wirtschaftliche Schiefereien sowie zusätzliche Belastungen der Pflegebedürftigen zu verhindern. Allerdings müsste jede Einrichtung, die mit Gas oder Fernwärme heizt, einen solchen Hilfsfonds trotz Gaspreisbremse und Einmalzahlung in Anspruch nehmen, denn es wird nur ein Teil der Kosten durch die vorgeschlagene Gaspreisbremse refinanziert und Gaseinsparungen in Pflegeeinrichtungen sowie Eingliederungshilfeeinrichtungen sind in einem nennenswert spürbaren Maße nicht möglich, wie auch von der Expertenkommission der Bundesregierung dargelegt. Eine vollständige Abrechnung der Energiekosten über den Fonds würde daher den Prozess deutlich verschlanken und die beiden weiteren Entlastungsschritte, die von der Kommission aufgezeigt wurden, entbehrlich machen. Doch selbst wenn es an dieser Stelle eine Lösung gibt: Die enormen Belastungen und der extrem große Druck, mit dem Pflegeeinrichtungen bereits viel zu lange zu kämpfen haben, führt zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem. Warum? Ganz einfach: Die Versorgung einer weiter stark wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen und die dafür notwendigen Milliardeninvestitionen sind nur zu gewährleisten, wenn sich viele Unternehmerinnen und Unternehmer in der Pflege wohlfühlen, eigenes Risiko für neue Angebote

eingehen und immer neue Arbeitsplätze schaffen. Das aber tun sie nur, wenn sie Rahmenbedingungen vorfinden, in denen es sich planbar und nachhaltig wirtschaften lässt.

Derzeit aber überwiegen die Belastungen. Immer neue Gesetze müssen studiert und verstanden werden, immer neue Verwaltungsvorgänge blockieren die Unternehmen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen, das Rückgrat der Pflege in Deutschland, tun sich damit schwer. Ihnen fehlt schlicht der organisatorische Apparat, um diese weiter zunehmenden zusätzlichen Anforderungen wirtschaftlich vertretbar „mit zu erbringen“. Denn beispielsweise die komplizierte Tarifpflicht zu verstehen, kostet für eine einzelne, familiengeführte Einrichtung ebenso viel Zeit wie für einen bundesweit agierenden Träger mit Dutzenden Standorten. Dieser aber beschäftigt dafür womöglich ein paar Fachjuristen.

Große Träger sind ein wichtiger Bestandteil der Versorgungslandschaft in Deutschland, aber die kleinen und mittleren eben auch. „Die Großen“, das sind in der Mehrzahl übrigens die „Wohlfahrts-Konzerne“, die in den Bundesländern regelmäßig die Rankings der Träger mit den meisten Betten anführen, weil sie deutlich größere Einrichtungen betreiben und oft mehr Pflegebedürftige pro Einrichtung versorgen. Das häufig gezeichnete öffentliche Bild, die Großen gäbe es alleine bei den „Privaten“, trifft schlicht nicht zu, ein offensichtliches und wohl vielfach auch gewolltes Trugbild!

Vielfalt ist das Zauberwort in der sozialen Marktwirtschaft und diese läuft zunehmend Gefahr, verloren zu gehen. Vor allem durch diese werden Innovation und Resilienz geschaffen. Die Politik schafft es aber mit bemerkenswerter Ignoranz, mittwochs bei RTL die „Pflegekonzerne“ zu verdammen und donnerstags im Bundestag neue Vorschriften zu beschließen, die gerade die mittelständischen und kleinen Unternehmen belasten. Und das in einem so großen Maße, dass sie zunehmend ihren Geschäftsbetrieb aufgeben.

Der Effekt ist sichtbar und sicher so nicht gewollt: Neue Standorte entstehen fast nur noch in großen Konglomeraten, die kleinen wachsen kaum noch. Vielfalt geht dabei verloren und das ist bedenklich.

Was also ist die Lösung: Mehr Vertrauen, mehr Eigenverantwortung, mehr Respekt vor dem Unternehmertum in der Pflege. Wer den Pflegeeinrichtungen zutraut, eine optimale Versorgung für die ihnen anvertrauten Menschen organisieren zu können, kann unnütze Überprüfungen reduzieren und mehr Raum für die eigentliche Arbeit mit Patientinnen und Patienten oder Bewohnerinnen und Bewohnern lassen. Bei grundlegenden Veränderungen wie der anstehenden Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung sind es die Verbände der Pflegeanbieter, die entscheidende Hinweise zur Verschlankung und Vereinfachung von Prozessen geben können. Allein der bpa hat dem Bundesgesundheitsministerium immer wieder Pläne für deutliche bürokratische Entlastungen vorgelegt. Und zuletzt müssen viele Politikerinnen und Politiker ihre Scheu gegenüber dem Unternehmertum in der Pflege endlich ablegen. Zuhause, im Wahlkreis, sind sie alle voll des Lobes für die netten Familienbetriebe, die sich vor Ort engagieren und ein wichtiger Teil der Stadtgesellschaft sind. Auch mit eigenen Angehörigen kommen sie immer gerne zu den Privaten. Zurück unter der Reichstagskuppel wird dann aber wieder das Hohelied der kommunalen Pflegeplanung gesungen (die seinerzeit zu dramatischem Sanierungsstau und extrem langen Wartelisten geführt hat).

Die Versorgung von bald sechs Millionen Pflegebedürftigen ist eine der Herkulesaufgaben, die neben der Bewältigung des Klimawandels gelingen muss. Dafür werden alle Schultern gebraucht, insbesondere die der privaten Betreiberinnen und Betreiber von Pflegeeinrichtungen. Wer ihren anhaltenden Hilferuf nicht hört und nicht für spürbare Entlastungen sorgt, sitzt mit seiner gesetzlich verbrieften Pflicht zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung bald gefährlich alleine da.

Interview mit Pflegeunternehmerin Bettina Plettl

Bettina Plettl,
Medivital
Sozialstation,
Bad Birnbach,
und stellv.
Vorsitzende der
bpa-Landes-
gruppe Bayern



Frau Plettl, in einem großen Zeitungsinterview haben Sie neulich Alarm geschlagen und die Überlastung der Pflegeeinrichtungen beschrieben. Was macht die aktuelle Situation so schwierig?

Es ist die Personalsituation, dazu kommen die steigenden Kosten und nach wie vor die Corona-Pandemie. Das ist eine sehr belastende Mischung.

Hat sich beim Personalmangel durch das GVWG etwas verändert?

Um Personal zu halten, haben wir uns in den letzten Jahren vieles einfallen lassen, vom Kita-Zuschuss bis hin zur Altersvorsorge. Jetzt, mit der Tarifpflicht, sollen alle im Grunde gleich bezahlt werden. Die Sonderleistungen will ich meinen Mitarbeitenden aber natürlich nicht wegnehmen. Die zahlen wir obendrauf, weil das genau die guten Arbeitsbedingungen sind, die die Politik doch immer einfordert. Die Kostenträger interessiert das aber nicht, die wollen das nicht refinanzieren.

Wenn Personal knapp ist, wird es für viele Familien schwierig, noch eine Versorgung zu finden. Erleben Sie das auch?

Wir haben gerade eine neue ambulante Tour gestartet und hören jetzt im-

mer: „Sie sind die einzigen, die aktuell Patientinnen und Patienten aufnehmen“. Das ist für die Pflegebedürftigen, die keinen Dienst finden, schon schwierig. Und da wären eigentlich die Pflegekassen in der Pflicht, weil die ja den Sicherstellungsauftrag haben.

Wir versorgen ambulant 150 Menschen, weitere kommen als Gäste in unsere Tagespflege. Um aber auch für die Zukunft vorsorgen zu können, muss jede Unternehmerin Rücklagen bilden und dafür Überschüsse erwirtschaften. Das aber wird uns verwehrt. Wenn ein Dienst wie unserer aber irgendwann nicht mehr kann, sind diese Pflegebedürftigen unversorgt. Das sollte sich auch ein Gesundheitsminister immer wieder klarmachen, der sehr den Eindruck erweckt, dass er die Privaten eigentlich nicht will.

Sie sind seit 25 Jahren in der Pflege tätig. Hat sich etwas verändert?

Früher war die Situation komplett anders. Da hatte ich bei Verhandlungen mit den Kostenträgern das Gefühl, dass wir Partner sind und auf Augenhöhe miteinander sprechen. Das gibt es heute nicht mehr. Die Kostenträger verhindern unsere Arbeit eher, als dass sie sie ermöglichen.

Interview mit Pflegeunternehmer Gunnar Löwe

Herr Löwe, nach mehr als 30 Jahren als Betreiber, gemeinsam mit Ihrer Schwester, haben Sie vor Kurzem Ihre stationäre Pflegeeinrichtung an einen größeren Verbund verkauft. Eine spontane Entscheidung?

Nein, dieser Entschluss ist mehrere Jahre lang gereift. Spätestens als uns vor einigen Jahren die Pflegekassen nach einem großen Verfahren vor der Schiedsstelle und vor Gericht erklärt haben, uns würden maximal 1,5 Prozent als Spanne für Wagnis und Gewinn zustehen, war für mich klar, dass ich meinen Abschied aus dieser Branche planen muss. Als Kaufmann wusste ich, dass damit kein zukunftsfestes Wirtschaften möglich ist. Aber das war nur einer von mehreren Gründen. Insgesamt haben Politik und Kostenträger eine Situation geschaffen, in der ich mich als Betreiber einfach fragen musste: Warum mache ich das eigentlich? Wir bekommen doch immer mehr Auflagen und Pflichten, die letztlich in inhabergeführten Einrichtungen immer am Betreiber selbst hängen bleiben. Sie kümmern sich dann um das Qualitätsma-

nagement, um den Einkauf, um Investitionen und Finanzierung und auch mal um eine verlorene Halskette einer Bewohnerin. Und plötzlich merken Sie, dass Sie im Grunde drei Jobs gleichzeitig machen. Und dann müssen Sie sich von den Kostenträgern anhören, dass Sie keine Gewinne erwirtschaften dürfen, um für die Zukunft vorzusorgen.

Ist die Belastung in den letzten Jahren gestiegen?

Ja, der Personalmangel und dann die Pandemie haben die Belastungsschraube schon nochmal fester angezogen. In der Pandemie hatten wir ständig die Situation, dass es am Wochenende eine neue Allgemeinverfügung gab, die dann ab Montagmorgen umzusetzen war. Also haben wir als Betreiber – und natürlich auch viele Führungskräfte – ein Wochenende nach dem nächsten im Büro verbracht. Denn wir tragen für unsere Bewohnerinnen und Bewohner ja Verantwortung. Mit so einem Vorgehen hat die Politik in dieser ohnehin belastenden Situation viel unnötigen zusätzlichen Druck gebracht.



Gunnar Löwe, ehemaliger Betreiber des seinerzeit familiengeführten Altenheims Scheel in Norderstedt (Schleswig-Holstein)

Sind Sie mit diesen Überlegungen und dem Entschluss, zu verkaufen, allein?

Wenn ich mich im Kreise meiner Kolleginnen und Kollegen umsehe, dann haben es dort viele genauso gemacht oder sind gerade dabei, sich mit der Überlegung an eine Betriebsaufgabe zu beschäftigen. Die aktuelle Situation ist für inhabergeführte Einrichtungen eigentlich nicht mehr erträglich.



Peter Tauber, Pflegeberater, hatte bis vor Kurzem einen ambulanten Pflegedienst in Lahnau (Hessen)

Interview mit Pflegeunternehmer Peter Tauber

Herr Tauber, Sie haben Ihren ambulanten Pflegedienst, mit dem Sie vor Kurzem noch 60 Patientinnen und Patienten versorgt haben, aufgegeben. Was hat Sie dazu gebracht?

Es war eine Vielzahl von Belastungen, letztlich hat mir meine Gesundheit ein Stoppschild gesetzt. Sie können einen ambulanten Dienst in dieser Größe nicht betreiben, ohne auch selbst mit in der Versorgung zu sein. Und da gibt es in Zeiten des Personalmangels für den Betreiber keine freien Wochenenden. Das hat mich irgendwann körperlich kaputtgemacht.

Sie nennen den Personalmangel als große Belastung. Wie haben Sie diesen erlebt?

Bei uns waren es vor allem die Krankenhäuser, die ja ganz anders finanziert werden als wir und deshalb die Pflegefachkräfte aus der ambulanten Pflege weglocken können. Das hat es meinem Dienst sehr schwer gemacht.

Ihre Patientinnen und Patienten und auch Ihre Beschäftigten konnten zu einem anderen Dienst wechseln. Hat Sie das beruhigt?

Ja, das war mir wichtig. Mein Team hat mich ja lange begleitet. Wichtig war es mir aber auch für die Patientinnen und Patienten, die so leicht sonst keine andere Versorgung gefunden hätten. Viele Kolleginnen und Kollegen sind ja auch an der Belastungsgrenze.

Der Pflege sind Sie selbst aber nicht ganz verloren gegangen. Was tun Sie heute?

Ich bin als Pflegeberater weiter drin in diesem schönen Berufsfeld. Aber ich bin jetzt eben nicht mehr den wirklich

bedrückenden Bedingungen ausgesetzt, in denen man als ambulanter Dienst oftmals tätig sein muss. Für mich war es also die richtige Entscheidung – für die pflegerische Versorgung ist es schlecht, wenn Dienste aufgeben müssen.

Der Pflegenotstand ist längst da

Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung muss wieder gewährleistet werden

Von Norbert Grote und Bernd Tews

Schon vor der Pandemie fand der Osna-brücker Pflegewissenschaftler Prof. Dr. Andreas Büscher deutliche Worte: „Alle ambulanten Pflegedienste berichten mir von Aufnahmestopps. Ohne Ausnahme. Egal ob in West-, Ost-, Nord- oder Süddeutschland, egal ob privat oder Wohlfahrt.“ Auch sein Bremer Kollege, Prof. Dr. Heinz Rothgang sprach gegenüber der Tagesschau vom Pflege-notstand.

Ein Paukenschlag. Führende Experten für die Pflege in Deutschland erklären, dass Pflegebedürftige und deren Familien auf der Suche nach einer Versorgung vor verschlossenen Türen stehen.

Das Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) legte mit einer eigenen Erhebung nach. Darin stellten die Fachleute fest, dass ambulante Pflegedienste die Versorgungsanfragen zu 80 Prozent nicht mehr befriedigen können und den Umfang bei bestehenden Versorgung, insbesondere an den Wochenenden und Abenden, reduzieren müssen.

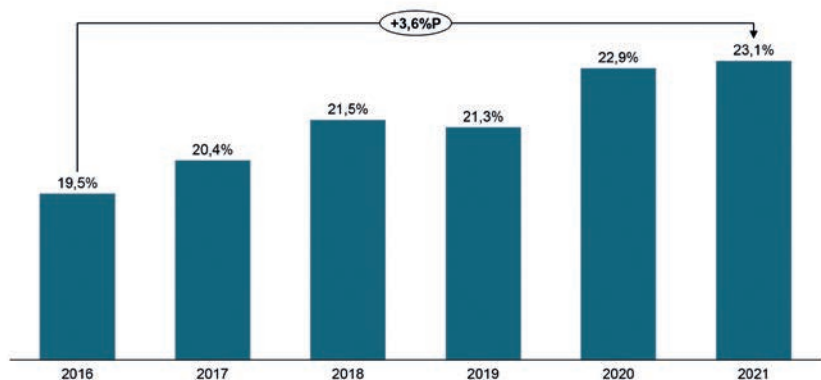
In der stationären Pflege trägt der „Pflegenotstand“ eine etwas dezentere Verkleidung.

Hier sind es die Plätze in Einrichtungen, die nicht belegt werden oder die eigentlich benötigten neuen stationären Angebote, die nicht realisiert

werden. Die Verknappung des Angebots ist aber auch hier längst angekommen.

Auch die Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm: Sowohl die Caritas der Diözese Rottenburg-Stuttgart als auch der Paritätische Wohlfahrtsverband beschrieben

Anteil der Top 30 Pflegeheimbetreiber am stationären Markt



Die Zahlen zeigen: Der Anteil der größten Betreiber am gesamten stationären Markt wächst – aber nur gering.

kürzlich zeitgleich in den Medien „erste Anzeichen für eine drohende Unterversorgung von älteren Menschen und Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg“.

Zwei Sprecher des Netzwerks Alter und Pflege der Caritas warnen: „Wir können eine vollumfängliche Versorgung nicht mehr garantieren.“ Als Gründe nannten sie einen „Problemmix aus Personalmangel, Corona-Schutzmaßnahmen und Energiekrise“ und forderten die Politik auf, die Liquidität der Pflege zu sichern, andernfalls werde es zu Insolvenzen kommen und das Angebot für Pflegebedürftige werde deutlich schrumpfen.

Das bedeutet: Schon heute finden Familien im Ernstfall nur mit großer Mühe eine Versorgung für pflegebedürftige Angehörige. Oftmals müssen lange Wartezeiten in Kauf genommen werden, in denen Verwandte selbst einspringen und dafür ihre eigene Arbeit zurückfahren. Damit fehlen sie an Arbeitsplätzen, an denen die Arbeitskräfte ebenfalls knapp sind. Die fehlende Sicherstellung der pflegerischen Versorgung gefährdet längst die Leistungsfähigkeit anderer Wirtschaftszweige.

Wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, ist das in anderen Branchen ein Grund zur Freude. „Unsere

Auftragsbücher sind gefüllt“, verkünden Verbandsvertreter aus Handwerk und Industrie dann gerne und mit strahlenden Gesichtern. „Wir haben gut zu tun, neue Kunden müssen eben warten.“

Was bei der Suche nach einem Monteur ärgerlich ist, ist beim Bedarf einer pflegerischen Versorgung gesellschaftlich schlicht nicht tragbar. Wer Pflege braucht, braucht sie sofort. Pflegeeinrichtungen lehnen sich bei einer Situation, in der sie die hohe Nachfrage nicht mehr bedienen können, eben nicht zufrieden zurück, sondern versuchen bis zum Rand der Selbstaufgabe, möglichst vielen Menschen zu helfen.

Auf genau diese Hilfsbereitschaft setzen offenbar diejenigen, deren Pflicht es wäre, für eine ausreichende Angebotslandschaft zu sorgen. Paragraph 12 des elften Sozialgesetzbuches erteilt den Pflegekassen den Auftrag, die pflegerische Versorgung ihrer Versicherten verantwortlich sicherzustellen.

An anderer Stelle wird sogar ausdrücklich festgeschrieben, dass die Pflegekassen im Rahmen ihrer Leistungsverpflichtung eine bedarfsgerechte und gleichmäßige, dem allgemein anerkannten Stand medizinisch-pflegerischer Erkenntnisse entspre-

Anzeige



Mehr als Wäscheservice – gemeinsam für eine gute Pflege.

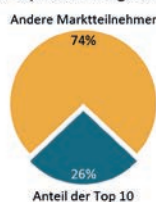
Als ganzheitlicher Lösungsanbieter bieten wir Ihnen alles aus einer Hand: wir versorgen Sie mit Berufsbekleidung und kümmern uns um die Stations- und Bewohnerwäsche Ihrer Pflegeeinrichtung. Als neue und besondere Dienstleistungen kümmern wir uns sogar um Ihre Gardinen direkt bei Ihnen vor Ort und bieten kostenlos eine Schulung für Ihre Mitarbeiter zum Thema Skabies (Krätze).

**Interessiert?
Ich berate Sie gerne:**

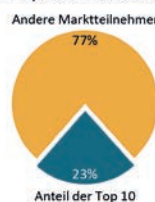
Rolf Müller-Arndt
Key Account Manager G&P
0151 16828352
rolf.mueller-arndt@cws.com

Anteil der Top 30 Betreiber an den Neubauten in der Pflege

Anteil der Top 10 an Pflegeheimneubauten



Anteil der Top 10 an Neubauten für BeWo



Neubauten werden in allen Bereichen des Marktes realisiert. Dabei spielen die größten Betreiber nicht die größte Rolle.

Quelle Grafiken: pflegemarkt.com GmbH

[CWS.COM/HEALTHCARE](https://www.cws.com/healthcare)

chende pflegerische Versorgung der Versicherten zu gewährleisten haben.

Es sind also die Pflegekassen und die Bundesländer, die in der Verantwortung sind, für die Menschen im Land die jeweils benötigte pflegerische Versorgung bereitzustellen. Davon sind wir weit entfernt.

Sanktionen? Fehlanzeige. Selbst die Verärgerung und die Verzweiflung der Betroffenen landet meist in den Telefonleitungen der Pflegeeinrichtungen und nicht im Call-Center der zuständigen Pflegekasse.

Im Gegenteil, es sind sogar die Pflegekassen selbst, die einen großen Anteil an der aktuellen Situation haben. Sie setzen Rahmenbedingungen, die es den Einrichtungen schwer machen, ihr Angebotsspektrum auszuweiten.

Denn der Bedarf ist eigentlich da, stellen die Branchenbeobachter von „pflagemarkt.com“ fest: „Die wachsende Zahl der Pflegebedürftigen, die spezifischen Heimgesetze und nicht zuletzt die älter werdende Bausubstanz vieler Pflegeeinrichtungen sorgen für einen steigenden Bedarf an Neubauten von Pflegeheimen“, heißt es in einer Expertise.

Sie werden gehemmt von immer weiter ausufernden bürokratischen Anforderungen, knappen Refinanzierungen durch die Kostenträger und eine mangelnde Wertschätzung unternehmerischen Handelns.

Dabei werden alle Schultern gebraucht, um die pflegerische Versorgung so auszubauen, dass eine weiter steigende Zahl von Pflegebedürftigen adäquat versorgt werden kann. Bis zum Jahr

2040 müssen rund 109 Milliarden Euro in die pflegerische Infrastruktur investiert werden, hat der Pflegeheim Rating Report 2020 errechnet.

Das ist mehr als das Sondervermögen für die Bundeswehr, mit dem die Landesverteidigung auf den neuesten Stand gebracht werden soll. Diese Investitionen können weder die öffentliche Hand, noch die Verbände der Wohlfahrtspflege schultern. Dafür werden die Privaten gebraucht, und zwar alle.

Hinzu kommt der immer weiter eskalierende Personalmangel, der längst nicht mehr auf den Bereich der Pflegefachkräfte beschränkt ist. Die Zahlen sind bekannt, hunderttausende Kräfte fehlen und diese Schraube wird sich mit der Einführung des neuen Personalbemessungssystems in der stationären Pflege sowie strukturellen Veränderungen in den Krankenhäusern weiter drehen.

Es ist also höchste Zeit zu handeln, damit sich Bürgerinnen und Bürger in Deutschland im Falle einer Pflegebedürftigkeit wieder darauf verlassen können, dass sie eine angemessene Versorgung in Wohnortnähe finden.

Die Lösungsansätze liegen längst auf dem Tisch: Entlastung der Einrichtungen durch weniger Bürokratie, Stärkung des unternehmerischen Einsatzes durch eine Berücksichtigung von Wagnis und Gewinn sowie die Sicherung des Personalbedarfes durch eine Ausweitung der Schulstrukturen, eine beschleunigte Zuwanderung von Pflegekräften und Auszubildenden sowie die Erschließung eines weiten Beschäftigungspotentials durch niedrigschwellige Zugänge in die Pflege.

Die Politik hat die Angewohnheit, nicht präventiv, sondern nur kurativ zu handeln. Erst wenn ein Problem weithin sichtbar ist, wird es gelöst. Das ist im Falle der pflegerischen Versorgung fahrlässig. Niemand kann wollen, dass erst Pflegebedürftige in großem Umfang unversorgt bleiben und Familien unter der Last der selbstorganisierten Versorgung zusammenbrechen, bis endlich die Bremsen der Sicherung und der notwendigen Ausweitung der pflegerischen Versorgung gelöst werden.

Maßnahmen gegen den Personalmangel: Teil 4 – Nur mit Selbstbewusstsein stärken wir das Image der Pflege

Von Norbert Grote

Ein gutes Image für die Pflegeberufe ist essenziell, um noch mehr Menschen für eine Karriere in der Pflege zu gewinnen. Dabei geht es nicht nur um Berufstarter, sondern auch um Menschen, deren Entwicklungsmöglichkeiten in einer anderen Branche begrenzt sind oder die sich sogar aufgrund von Personalabbau neu orientieren müssen. Um es direkt zu sagen: Natürlich kann nicht jeder pflegen. Aber wir können viele Menschen mit der richtigen Kompetenzförderung und Ausbildung zu guten Pflegenden machen.

Ich bin gelernter Altenpfleger. Natürlich bin ich inzwischen als Geschäftsführer des bpa und auch in vielen Positionen der vergangenen Jahre nicht mehr mit dem konkreten Versorgungsalltag der Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen und Diensten beschäftigt, aber da liegen meine beruflichen Wurzeln. Wenn ich also über das Image der Pflegeberufe schreibe, dann schreibe ich auch über mich selbst.

Wie tatsächlich der Arbeitsalltag von Pflegekräften, gerade in der privaten Langzeitpflege aussieht, das wissen viele Menschen nicht. Vom Alltag der Pflegenden im Krankenhaus haben viele Menschen wenigstens eine Vorstellung, auch wenn diese durch Fernsehserien wie die Schwarzwaldklinik und in späterer Zeit Grey's Anatomy stark verzerrt ist. Das muss sich ändern.

Denn wer sich mit dem Thema „Image des Pflegeberufs“ beschäftigt, entdeckt



Foto: Meike Kenn

bpa-Geschäftsführer Norbert Grote

zwei völlig gegensätzliche Tendenzen. Pflegenden gehören in Rankings der Berufsgruppen, denen die Menschen vertrauen, immer zur Spitzengruppe. Wer aber weiten Teilen der Politik zuhört, dem graust es oftmals. Da wird der Arbeitsalltag in der Pflege als eine Aneinanderreihung von Belastungen und negativen Erlebnissen beschrieben. Eben dieses Spannungsverhältnis ist es, das öffentliche Respektbekundungen oft so schal schmecken lässt.

Erst einmal war es eine großartige Geste, als zehntausende Menschen in Deutschland auf den Balkonen geklatscht und damit die Leistung der Pflegenden in Coronazeiten gewürdigt haben. Dass das Klatschen am Ende vielen wie Hohn klang, lag an dem, was danach passierte – oder eben nicht passierte. Pflegenden und Einrichtungen

wurden mit den besonderen Belastungen in der Pandemie durch die Politik eben doch vielfach alleingelassen. Eine Impfpflicht für Mitarbeitende in Pflegeeinrichtungen war schnell beschlossen, während die Abgeordneten danach ihr Gewissen entdeckten und anschließend monatelang (und letztlich folgenlos) darüber nachsannen, ob man dies der übrigen Bevölkerung auch zumuten dürfte. Den Höhepunkt dieses Missklangs bildet sicher das Covid-19-Schutzgesetz, das ganz offensichtlich versucht, den Pflegeeinrichtungen allein die Verantwortung für jedes künftige Infektionsgeschehen zuzuschieben, während man dem Rest der Bürgerinnen und Bürger kaum noch Einschränkungen zumuten möchte.

Applaus alleine reicht eben nicht, es hätte Applaus und echte langfristige Unterstützung geben müssen. Dafür hätte die Pandemie eine echte Chance sein können, doch die hat die Politik ungenutzt gelassen.

Denn es fehlt die Kreativität. Die Lösung für alle Personalsorgen in der Pflege lautet auf politischer Seite fast immer: „Die Bezahlung muss verbessert werden.“ Spätestens der 1. September und der Start der Tarifpflicht haben gezeigt: Das allein ist es nicht. Pflegenden wünschen sich vielmehr vor allem personelle Unterstützung, damit das freie Wochenende mal wirklich frei bleibt, und die Möglichkeit, die eigene Fachlichkeit im Alltag überhaupt zum Tragen kommen zu lassen. Hier aber kann die

Politik die Lösung nicht einfach verordnen, sondern müsste selbst aktiv werden oder zumindest Barrieren abbauen (zum Beispiel bei der Ausbildung oder bei der Anwerbung internationaler Kräfte – damit beschäftigen sich vorangegangene Texte dieser Serie).

So redet die Politik ein Problem immer wieder selbst herbei, anstatt es zu lösen. Manche berufspolitischen Organisationen mögen einen Nutzen daraus ziehen, einen Beruf immer wieder auf – sicherlich vorhandene – Schwierigkeiten zu reduzieren. Als Gesellschaft schaden wir uns, wenn wir nicht deutlich auf die positiven Seiten des Pflegeberufes hinweisen, also auf sichere Jobs vor der Haustür, mit guten Verdiensten schon in der Ausbildung und beim Berufseinstieg sowie lebenslangen Weiterentwicklungsmöglichkeiten, mit hoher Fachlichkeit ebenso wie einem direkten menschlichen Feedback. Wirklich, das können nicht sehr viele andere Berufe vorweisen.

Das Interesse junger Menschen ist da, das zeigt das rasante Wachstum der Ausbildungszahlen, bevor das Pflegeberufegesetz mit der wenig überzeugenden generalistischen Ausbildung diese Erfolgsstory jäh gestoppt hat. Zehn Jahre lang haben die steigenden Ausbildungszahlen vorher jene Lügen gestraft, die immer behaupten, die Pflege sei nicht attraktiv und es gebe nicht genug Interessentinnen und Interessenten für diesen Beruf.

Klar ist aber auch, dass wir dringend noch viel mehr Auszubildende brauchen, weil die Demografie in den kommenden Jahren beginnt, richtig zuzuschlagen. Ein hoher Bedarf durch steigende Zahlen von Pflegebedürftigen trifft dann auf viele in die Rente ausscheidende Pflegenden, während der Wettbewerb aller Branchen um junge Menschen demografiebedingt weiter zunimmt. Die Demografie hat die Pflege also von mehreren Seiten in der Zange und alle müssen die Anstrengungen

verstärken. Die Bestandsaufnahme ist aber ein Mut machender Beleg dafür, dass es der Pflege nicht an Attraktivität mangelt, auch wenn das Bild viel zu häufig düster gezeichnet wird.

Die Fakten sprechen also für die Pflege, was fehlt, ist die Sichtbarkeit dieser Realität. Denn nur wenn Eltern genug über die tatsächliche Situation in der Pflege wissen, können sie ihren Kindern entsprechende Empfehlungen geben. Und nur wenn allgemeinbildende Schulen zum nächsten Karrieretag nicht nur die Handwerkskammer und die Polizei einladen, sondern auch Pflegeunternehmen aus der Umgebung, können junge Menschen Kontakte knüpfen und wichtige erste Eindrücke gewinnen.

Daraus folgen einige wichtige Ansätze, denen sich der bpa bereits zunehmend widmet und mit denen sich auch die Politik endlich intensiver beschäftigen muss: Wir müssen den Arbeitsalltag in der Langzeitpflege wirklich zeigen, und zwar dort, wo sich junge Menschen informieren. Dazu brauchen wir keine weitere Imagekampagne, die in Hochglanzbildern zeigt, wie sich ein Ministerium die Pflege vorstellt. Der bpa wird sich deshalb verstärkt in den sozialen Netzwerken engagieren und Formate entwickeln, die einen echten Blick in den reizvollen Alltag der Pflegenden in privaten Langzeitpflegeeinrichtungen zeigen. Denn Mitarbeitende in privaten Pflegeeinrichtungen selbst sind die besten Botschafterinnen und Botschafter für den Beruf. Ihnen müssen wir Stimme und Gesicht geben. Damit vermitteln wir echte Einblicke und zeigen die Attraktivität dieses Berufsfeldes. So stärken wir diejenigen, die sich für einen Einstieg in die Pflege interessieren und wecken die Neugier vieler anderer.

Dafür müssen die Einrichtungen auch in engeren Kontakt mit den Schulen gebracht werden. Dort fällt letztlich die Entscheidung, für welchen beruflichen Weg sich ein junger Mensch entschei-

den möchte. Die Roadshows des bpa vor einigen Jahren haben solche Kontakte geschaffen, die jetzt vertieft und verstetigt werden müssen. Dazu wird sich der bpa an Projekten des Institutes der Deutschen Wirtschaft wie dem Netzwerk „Schulewirtschaft“ beteiligen, mit dem Unternehmen gemeinsam mit Bildungseinrichtungen Modelle entwickeln, um Schülerinnen und Schülern den Übergang in die Arbeitswelt zu erleichtern. Wenn sich bpa-Mitgliedseinrichtungen hier künftig engagieren, können wir Pflege und Schulen näher zusammenbringen.

Diese Neugier muss dann auch ausgelebt werden können. Deshalb sind Praktikumsplätze und Einsatzmöglichkeiten im Rahmen des FSJ und des Bundesfreiwilligendienstes so wichtig.

Klar ist: Alleine mit Kräften aus Deutschland werden wir es nicht schaffen, die Versorgung zu sichern. Demografiebedingt wird die notwendige Steigerung der Auszubildendenzahlen ohne aus dem Ausland kommende Interessierte nicht gelingen. In genug Ländern mit umgekehrter Demografie warten aber junge Menschen genau darauf. Eine Win-win-Situation entsteht. Auch diese Bemühungen werden ein wichtiger Baustein zur Personalsicherung in der Pflege sein, den der bpa intensiv weiterverfolgt.

Und auch die Verbände der Pflegenden müssen umdenken: Wenn die Kolleginnen und Kollegen sich vor allem personelle Unterstützung wünschen, dann hilft es nicht, den Beruf kontinuierlich (und oftmals mit veralteten Eindrücken und Beschreibungen) schlechtzureden, sondern dann müssen alle dran mitwirken, dass sich Menschen für diesen Beruf verstärkt interessieren.

Denn Achtung: Andere Branchen schlafen nicht und werben um den gleichen Nachwuchs wie die Pflege.

Kompetenzerweiterungen für Pflegekräfte – Was bedeutet die Erweiterung für die ambulanten Pflegedienste?

Von Bernd Tews

Die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs ist eine zentrale Herausforderung für die pflegerische Versorgung in Deutschland. Es gibt viele Ansätze, mehr Fachkräfte zu gewinnen – einer davon betrifft die Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs.

Hierzu gehören nach dem Verständnis in der Fachöffentlichkeit seit jeher die Erweiterung der Kompetenzen und Befugnisse von Pflegefachpersonen durch Übertragung heilkundlicher, also ärztlicher Aufgaben sowie weitere zielgerichtete Maßnahmen zur Stärkung der interprofessionellen Zusammenarbeit für eine gute und wirtschaftliche Versorgung der Versicherten.

Den hierfür nötigen Rechtsrahmen bildet das aktuelle Gesundheitsversorgungswesenentwicklungsgesetz, kurz GVWG. Völlig offen ist demgegenüber, wie die Leistungen durch die ambulanten Pflegedienste erbracht und finanziert werden sollen.

Empfehlung von Hilfsmitteln und Pflegehilfsmitteln durch Pflegefachkräfte

Pflegefachkräfte wurden mit Inkrafttreten des GVWG und im Detail über eine seit dem 1. Januar 2022 geltende Richtlinie in die Lage versetzt, im Rahmen ihrer Leistungserbringung bei häuslicher (Kranken-)Pflege, bei außerklinischer Intensivpflege sowie bei Beratungseinsätzen in der Häuslichkeit nach SGB XI konkrete Empfehlungen zur Hilfsmittel- und Pflegehilfsmittelversorgung abzugeben.

Ziel der Neuregelung ist, dass Pflegebedürftige zügig für sie geeignete (Pflege-)Hilfsmittel erhalten, da die Pflege-



Foto: Meike Kenn

bpa-Geschäftsführer Bernd Tews

fachkräfte die häusliche Pflegesituation gut kennen. Eine Verordnung vom Arzt ist deshalb für diverse (Pflege-)Hilfsmittel nicht mehr vorgesehen, die Notwendigkeit und Erforderlichkeit der Versorgung wird verbunden mit der Empfehlung durch die Pflegefachkraft vielmehr vermutet.

Der oder die Pflegebedürftige erhält die Empfehlung auf einem dafür vorgesehenen Vordruck und leitet diesen an einen Hilfsmittel-Leistungserbringer weiter. Dieser wiederum stellt spätestens zwei Wochen nach Empfehlung durch die Pflegefachkraft den Antrag für den/die Pflegebedürftige(n) bei der Kranken-/Pflegekasse, die innerhalb von drei Wochen die Genehmigung ausspricht. Welche (Pflege-)Hilfsmittel im Einzelnen durch die Pflegefachkraft empfohlen werden können und welche Formulare dabei verwendet werden müssen, ist in mehreren Anlagen zu der genannten Richtlinie geregelt.

Alles gut und schön, wäre da nicht die spannende Frage nach der Refinanzie-

rung dieser (Beratungs-)Leistungen. Denn wie bei allen Leistungen, die durch den ambulanten Pflegedienst erbracht werden, entstehen Kosten, insbesondere beim Einsatz von Fachkräften.

Nach Auffassung der AOK Bayern jedenfalls sei eine Vergütung nicht vorgesehen, denn es handele sich bei den Empfehlungen zur Hilfsmittel- und Pflegehilfsmittelversorgung um eine „Kann-Regelung“, die nicht verpflichtend sei.

Diese befremdliche Einordnung der Regelung im GVWG ist nicht nur falsch, sie widerspricht auch der Intention des Gesetzgebers, die Pflegebedürftigen rascher mit notwendigen Hilfs- beziehungsweise Pflegehilfsmitteln versorgen zu können. Doch machen solche Einordnungen auch deutlich, dass eine leistungsrechtliche Absicherung nicht einfach vorausgesetzt werden kann, sondern hierfür explizit und vorab Vereinbarungen mit den Kranken- und Pflegekassen getroffen werden müssen.

Durchführung von Modellvorhaben zur Übertragung ärztlicher Tätigkeiten

Die wohl spannendste Regelung des GVWG ist aus fachlicher Sicht die Übertragung der Heilkunde auf Pflegefachkräfte – zu erproben in Modellvorhaben. Was bereits seit Jahren möglich war und im SGB V gesetzlich verankert ist, wird nun Pflicht.

Die durch die Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen durchzuführenden Modellvorhaben müssen in jedem Bundesland spätestens am 1. Januar 2023 beginnen und sind auf maximal vier Jahre zu befristen. Neben der fachlichen Ausrichtung kommt die-

sem Thema auch vor dem Hintergrund der mehr als ausgedünnten Versorgungslandschaft im ärztlichen Bereich – vor allen Dingen im ländlichen Raum – eine zentrale versorgungspolitische Bedeutung bei der Sicherstellung der medizinisch-pflegerischen Versorgung zu.

Inhaltlich haben sich die Vertreter der Beteiligten auf Bundesebene – die Kasenärztliche Bundesvereinigung, der GKV-Spitzenverband und die Spitzenverbände der Leistungserbringer wie der bpa – zunächst auf Modellvorhaben in den Bereichen „Diabetes mellitus“, „Chronische Wunden“ und „Demenz“ verständigt und unter anderem auch Vorgaben zur Abrechnung und zu Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit vereinbart, die in den Ländern nun zu berücksichtigen sind.

Die Übertragung weiterer ärztlicher Tätigkeiten in den Bereichen Hypertonus, Schmerzen, spezifische Ernährungs- oder Ausscheidungsprobleme, Tracheostoma-Patienten, akute oder chronische Beeinträchtigung der Atmung ist möglich und bei einer Erweiterung der Modellvorhaben näher zu beschreiben.

Spannend ist dieser Bereich der Kompetenzerweiterung auch deshalb, weil neue Begriffe im Raum stehen, die in der Vergangenheit für die Pflege keine Rolle spielten, etwa: „Anpassung Therapieplanung“, „Assessment und diagnostische Einschätzung, (eigenständige) „Veranlassung weiterer Maßnahmen“, „Verordnung Wundmaterial“ oder die „Ausstellung von Folgeverordnungen“.

Das, was bisher bereits sprachlich eng verbunden war mit Ärztinnen und Ärzten wird zukünftig in der Durchführung auch für Pflegefachkräfte Normalität in der Leistungserbringung.

Als Voraussetzung des Ganzen bleibt die ärztliche Diagnose- und Indikationsstellung bestehen und es werden für die Pflegekräfte Zusatzqualifikationen im Umfang von 200 bis 400 Weiterbildungsstunden eingeführt. Wenn alles gut läuft, ist nach Auswertung der Modellvorhaben eine dauerhafte Anwendung vorgesehen und damit eine Übernahme in die Regelversorgung in Sicht.

Festlegung von Häufigkeit und Dauer einzelner Leistungen der Häuslichen Krankenpflege

Bei der sogenannten „Blankoverordnung“ geht es um Rahmenvorgaben für verordnungsfähige Leistungen der Häuslichen Krankenpflege, bei denen Pflegefachkräfte innerhalb eines ärztlich festgelegten Ordnungsrahmens selbst über die erforderliche Häufigkeit und Dauer der Maßnahmen bestimmen können. Dazu wurde die Richtlinie zur häuslichen Krankenpflege (HKP) seitens des gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) angepasst und im Leistungskatalog wurden die Behandlungspflegeleistungen aufgelistet, deren Umfang und Inhalt die Pflegekräfte zukünftig verordnen dürfen. Die neue HKP Richtlinie wurde am 13. Oktober veröffentlicht. Vor der Umsetzung in die Praxis muss jetzt noch in der Bundesrahmenempfehlung § 132a SGB V die Anforderung der Pflegefachkraft und die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung festgelegt werden. In seiner Stellungnahme gegenüber dem G-BA hat der bpa deutlich kritisiert, dass wesentlich mehr Leistungen der Häuslichen Krankenpflege in die Kompetenz der Pflegefachkräfte gelegt werden müssen.

Das widerspricht dem gesetzlichen Ansinnen, die Kompetenzen der Pflege zu stärken und die Ärzte zu entlasten.

Demgegenüber sprechen die Patientenvertretung und auch der GKV-Spitzenverband der Qualifikation und Kompetenz der Pflege mehr Vertrauen und Verantwortung zu als die ärztlichen Vertretungen. Im Sinne der gesetzlichen Vorgaben und der Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung müssen solche Ressentiments überwunden werden.

Hier wird sich noch zeigen müssen, ob und in welchem Umfang eine Kompetenzsteigerung der Pflegekräfte auch in der Praxis tatsächlich gewünscht ist.

Fazit

Alle Regelungen sind umfassend zu begrüßen, einige davon längst überfällig. Die Kompetenzerweiterung der Pflegekräfte, der Ausbau der interprofessionellen Zusammenarbeit und die einhergehende Sicherstellung der medizinisch-pflegerischen Versorgung entsprechen dem Bedarf und den Bedürfnissen der Berufsgruppen und in der Gesellschaft. Wichtig wird sein, darauf zu achten, dass nicht etwa nur Leistungen neu (zu-)geordnet werden, sondern auch der einhergehende Aufwand bei den Pflegediensten einer leistungsgerechten Finanzierung durch die Kranken- und Pflegekassen zugeführt wird. Und es bleibt für die pflegfachliche Einschätzung zu Maßnahmen der Häuslichen Krankenpflege zu hoffen, dass insbesondere die Ärzteschaft ihre Vorbehalte überwinden kann und die sich ergebenden Chancen daraus als Beitrag zur Versorgungssicherheit gesehen werden.

„Großteil der Pflegenden bleibt ihrem so wichtigen Beruf treu“

Zahl der Beschäftigten in der Pflege und Verweildauer in ihrem Beruf steigt seit fast zehn Jahren

Von Prof. Dr. Michael Isfort, Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP), Köln



Prof. Dr. Michael Isfort, Dt. Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP), Hülchrather Straße 15, 50670 Köln

Die Zahl der versicherungspflichtig beschäftigten Pflegekräfte und die Verweildauer in ihrem Beruf steigt seit 2013 an. Das hat eine wissenschaftliche Untersuchung in Nordrhein-Westfalen gezeigt. Demnach liegt die mittlere Berufsverweildauer von Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflegenden im bevölkerungsreichsten Bundesland bei mehr als 18 Jahren und bei den Altenpflegenden bei mehr als 13 Jahren.

Mit insgesamt 84.520 qualifizierten Altenpflegenden und 189.876 Gesundheits- und (Kinder)Krankenpflegenden ist in NRW im Juni 2021 zudem ein Höchststand an Beschäftigten in der Pflege verzeichnet worden. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Berufseinmündung und -verbleib in der Pflege in Nordrhein-Westfalen“. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann hatte die Ergebnisse selbst in Düsseldorf vorgestellt. Jetzt steht der Studienbericht allen Interessierten online zur Verfügung.

Im Auftrag des Landesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales wurden dafür auf der Basis von vorliegenden Daten sowie durch Befragungen von Schülerinnen und Schülern, Pflegenden und Trägern von Einrichtungen die Einstiegs-, Bindungs- und Haltefaktoren im Berufsfeld der Pflege in Nordrhein-Westfalen im Zeitraum vom 1. November 2020 bis zum 31. Januar 2022 analysiert.

Gesundheitsminister Laumann erklärte bei der Vorstellung der Ergebnisse: „Erstmals konnten in diesem Umfang wissenschaftliche Daten zum Berufseinstieg und Berufsverbleib der Pflegenden für Nordrhein-Westfalen gewonnen werden, die deutlich zeigen: Eine kurze Beschäftigungsdauer der Pflege-

Eine kurze Beschäftigungsdauer der Pflegekräfte in ihrem Beruf lässt sich für Nordrhein-Westfalen nicht bestätigen.

kräfte in ihrem Beruf lässt sich für Nordrhein-Westfalen nicht bestätigen. Der Großteil der Pflegenden bleibt ihrem so wichtigen Beruf treu. Die Ergebnisse der Studie machen aber auch



Foto: Land NRW/M. Jähnen

Kein „Pflexit“: Die mittlere Berufsverweildauer von Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflegenden in NRW liegt bei mehr als 18 Jahren und bei den Altenpflegenden bei mehr als 13 Jahren.

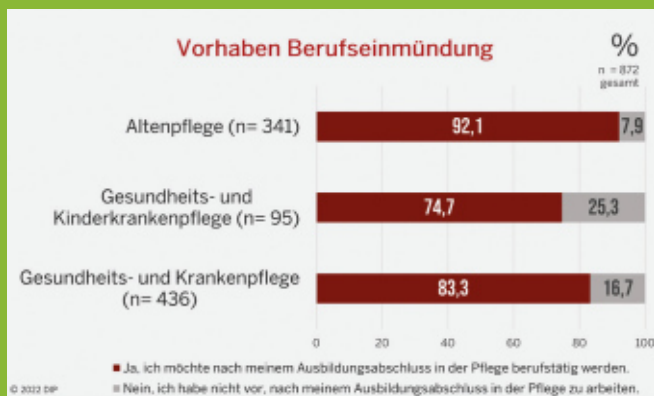
deutlich, dass es dafür gute Arbeitsbedingungen braucht. Hier sind alle Beteiligten gefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen und weiter zu verbessern.“

Die Studie liefert interessante Anhaltspunkte: Aus Sicht der befragten Pflegenden sind die drei wichtigsten Aspekte bei

der Bewertung eines Arbeitgebers ein ausreichender Personalschlüssel, die Arbeit in einem guten Team und eine ordentliche Einarbeitung. Für Pflegendе, die in den Beruf einsteigen wollen, sind insbesondere eine gute Einarbeitung, die Realisierung des gewünschten Stellenumfangs sowie ein angemessener Arbeitslohn wichtig.

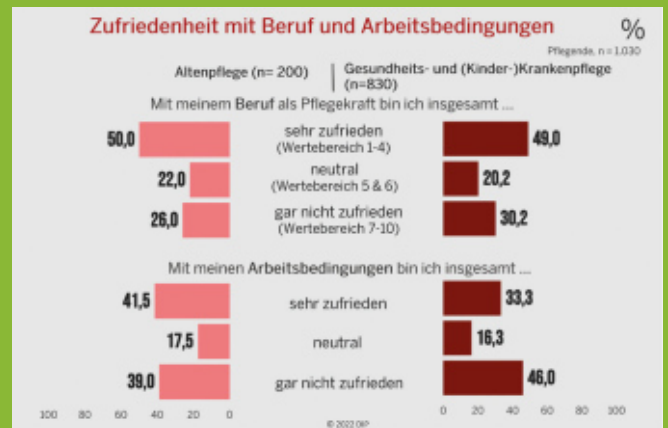
Hintergrund: Berufseinmündung und Berufsverbleib in der Pflege in NRW – Studienbericht veröffentlicht

Aufgrund des Fachkräftemangels in der Pflege und zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung sind Informationen über die Berufseinmündung von ausgebildeten Pflegekräften und die tatsächliche Verweildauer der im Berufsfeld tätigen Pflegekräfte von besonderer Bedeutung. Bisher lagen dazu für NRW keine ausreichenden Daten vor. Die Studie unter Leitung von Prof. Dr. Michael Isfort „Berufseinmündung und -verbleib in der Pflege in Nordrhein-Westfalen“, die im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP) durchgeführt wurde, schließt diese Informationslücke. <http://www.dip.de>



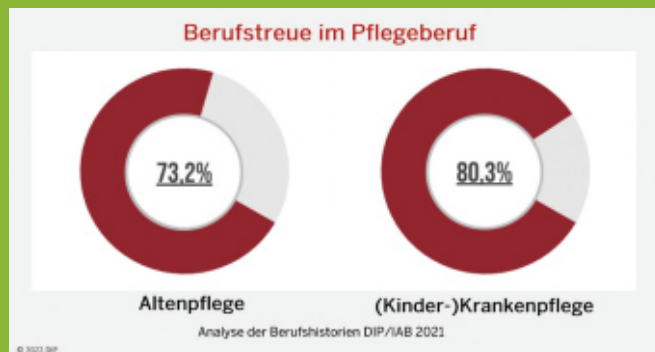
Berufseinmündungsquoten der Pflegeausbildungsabsolvent*innen

Pflegende steigen nach der Ausbildung nicht aus dem Beruf aus, sondern ein. Die Befragung von Auszubildenden vor ihrem Ausbildungsabschluss (Erhebung zur Berufseinmündung) weist aus, dass 92,1 Prozent der Altenpflegenden, 83,3 Prozent der Gesundheits- und Krankenpflegenden und 74,7 Prozent der Gesundheits- und Kinderkrankenpflegenden nach dem Abschluss eine berufliche Tätigkeit in der pflegerischen Versorgung aufnehmen möchten.



Berufs- und Arbeitszufriedenheit Pflegendер (Berufsverbleibbefragung)

Unterschiede zwischen den Berufen Altenpflege und Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflege weisen darauf hin, dass Altenpflegende zufriedener mit den aktuellen Arbeitsbedingungen (41,5 Prozent) sind als Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflegende (33,3 Prozent). Unterschiede bei der Berufszufriedenheit zeigen sich nicht (50 Prozent der Altenpflegenden und 49 Prozent der Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflegenden sind mit dem Beruf als Pflegekraft eher oder sehr zufrieden). Auch die Entlohnungszufriedenheit weist keine deutlichen Unterschiede auf.



Quote der Berufstätigen im Gesundheitsbereich nach fünf Jahren

Beschäftigte Altenpflege und Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflege

Verbleibquote fünf Jahre nach Ausbildungsende, weiter gefasste Berufstreue = Berufstätigkeit im Gesundheitsbereich

Es lassen sich drei zentrale Merkmale hervorheben, die zur Wahl eines Pflegeberufs führen. Dies sind:

- 1.) der Wunsch, in einem sozialen Beruf mit Menschen tätig zu werden (63,5 Prozent),
- 2.) vorherige Erfahrungen durch ein Praktikum in einem Krankenhaus oder einer Pflegeeinrichtung (55,7 Prozent) und
- 3.) die Aussicht auf einen sicheren Beruf (43,7 Prozent).

Andere Gründe, wie zum Beispiel berufliche Vorerfahrungen der Eltern (20,8 Prozent) oder die Höhe der Ausbildungsvergütung (9,1 Prozent), sind von nachgeordneter Bedeutung. 64,7 Prozent der Pflegenden, die nach dem Abschluss eine Berufstätigkeit aufnehmen, haben bereits vor Beendigung ihrer Ausbildung eine feste Stellenzusage. 58,1 Prozent wurde vor Beendigung der Ausbildung eine Übernahme durch den Träger der Ausbildung angeboten. Die präferierten Arbeitsbereiche korrespondieren mit den Trägern der praktischen Ausbildung. So geben 51,3 Prozent der Altenpflegenden an, in einer stationären Altenpflegeeinrichtung arbeiten zu wollen. Weitere 37,6 Prozent können sich auch die Arbeit in einer ambulanten Pflegeeinrichtung vorstellen. Einen möglichen Wechsel in ein Krankenhaus geben 18,2 Prozent an. Bei den Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflegenden präferieren 75,9 Prozent ein Akutkrankenhaus, gefolgt von 32,6 Prozent, die sich eine Arbeit in einem psychiatrischen Krankenhaus vorstellen können.

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff – Gemeinsame Anstrengung zur Umsetzung gefordert

Symposium „Pflegepolitik für die Praxis von morgen“ anlässlich des 70. Geburtstags von Elisabeth Beikirch

Expertinnen und Experten haben auf einem Symposium anlässlich des 70. Geburtstags der Pflegeexpertin Elisabeth Beikirch am 6. September in Berlin über Chancen und Herausforderungen in der Pflege diskutiert. Ein besonderer Fokus lag dabei unter anderem auf der Etablierung und Weiterentwicklung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.

Im Rahmen der Abschlussdiskussion sah bpa-Geschäftsführer Bernd Tews mit Hinblick auf die Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs noch Verbesserungsbedarf. Die Umsetzung sei nur „begrenzt gelungen“, man könne zwar vieles aus dem Gesetz ableiten, es sei jedoch weiter unabdingbar, sich unter allen Akteuren zu verständigen, wie der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff zu verstehen sei und was Pflege leisten soll.



Auf dem Podium von links: Gernot Kiefer, stellv. Vorstandsvorsitzender GKV-Spitzenverband, Dr. Gerhard Timm, Geschäftsführer der BAGFW, Bernd Tews, Geschäftsführer des bpa, Dr. Florian Reuther, Direktor des PKV-Verbandes, Dr. Martin Schölkopf, Leiter Abteilung Pflegeversicherung im BMG, und Hans-Dieter Nolting, Geschäftsführer des IGES Instituts



bpa-Geschäftsführer Bernd Tews: „Weiterentwicklung der Versorgungsqualität nicht ohne Sicherstellung der aktuellen Versorgung diskutieren“

Klar sei zudem: Die Weiterentwicklung der Versorgungsqualität dürfe dabei nicht ohne Sicherstellung der aktuellen Versorgung diskutiert werden. Die Sicherstellung der Versorgung sei das Gebot der Stunde, so Tews.

Im Verlauf des Symposiums hatten zuvor Expertinnen und Experten vielschichtige Perspektiven und Impulse aus pflegewissenschaftlicher, vertrags- und leistungsrechtlicher Sicht sowie der Pflege- und Berufspolitik eingebracht. Sie skizzierten bisherige Entwicklungen und aktuelle Rahmenbedingungen zur Umsetzung des neuen Pflegeverständnisses und mahnten weitere gemeinsame Anstrengungen für eine erfolgreiche Umsetzung des neuen Pflegebegriffs an.

Insgesamt nahmen rund 150 Gäste aus Politik, Verbänden, Praxis und Pflegewissenschaften an der Tagung teil, darunter Vertreterinnen und Vertreter aus Ministerien auf Landes- und Bundesebene, freigemeinnützigen und privaten Verbänden,



Fotos: Christopher Rätter

Elisabeth Beikirch, ehemalige Umbudsfrau zur Entbürokratisierung der Pflege im BMG, ist inzwischen als Senior Beraterin am IGES Institut tätig.

Trägerorganisationen, Berufsverbänden der Pflege, aus der Softwarebranche und von Fachmedien sowie von gesetzlichen und privaten Kostenträgern.

Das Symposium wurde vom IGES Instituts anlässlich des 70. Geburtstags der Pflegeexpertin Elisabeth Beikirch initiiert, die während ihres langjährigen Wirkens – unter anderem als Ombudsfrau zur Entbürokratisierung der Pflege im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sowie auf vielen weiteren Feldern der Pflegepraxis und Pflegepolitik viel bewegt und tiefe Spuren hinterlassen hat.

bpa-Geschäftsführer Bernd Tews stimmte in die herzlichen Gratulationen an Elisabeth Beikirch ein und machte klar: „Ihre Fähigkeit verschiedene Akteure der Pflege an einen Tisch zu bringen, ist heute nötiger denn je.“ cr

Besuchen Sie unsere Jubiläums-Fachtagung

Die 20. bpa-Fachtagung für Einrichtungen der Behindertenhilfe findet vom 1. bis 2. Dezember 2022 in Berlin statt.

Inhaltlich rücken wir in diesem Jahr die Chancen für private Anbieter in den Mittelpunkt. Das Bundesteilhabegesetz bietet die Möglichkeit für private Träger innovative Dienstleistungen und kreative Angebote zu schaffen und die Rolle als Innovationstreiber einzunehmen. Vielerorts hat der Umsetzungsprozess bisher jedoch vor allem zu erheblichem Verwaltungsaufwand geführt. Der beabsichtigte Mehrwert – die Stär-

kung von Teilhabe und die personenzentrierte Gestaltung von Leistungen – wurde bisher nicht immer deutlich. Wie unterschiedlich sich die Umsetzung gestaltet, wird deshalb Teil unserer Diskussionen sein.

Für den Eröffnungsvortrag konnten wir Dr. Annette Tabbara, die zuständige Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, gewinnen. Sie

wird zum Thema „Umsetzung Bundesteilhabegesetz: Das haben wir erreicht! Wie geht es weiter?“ sprechen und im Anschluss mit den Teilnehmenden diskutieren.

Die Schlagwörter Wirkung und Wirksamkeit erhitzen im Zusammenhang mit neuen Prüf- und Sanktionsmöglichkeiten vielfach die Gemüter. Gleichzeitig ist bisher nicht geklärt, wie eine objekti-

ve Messung dieser Kategorien erfolgen kann. Wir werfen daher einen Blick auf den Stand der Debatte und erörtern, welche Steuerungsmöglichkeiten sich aus der Wirksamkeitsbetrachtung ergeben können.

Die Personalgewinnung und -sicherung sind für jedes Unternehmen in der Eingliederungshilfe zentrale Aufgaben. An-

hand von Best-Practice-Beispielen möchten wir aufzeigen, wie daraus Entwicklungsmöglichkeiten für das eigene Angebot kreiert und Vorteile gegenüber anderen Anbietern genutzt werden können.

Wenn über Chancen gesprochen wird, dürfen Risiken nicht ausgeblendet werden. Ein Austausch über die pandemie-

bedingten Herausforderungen für die wirtschaftliche und organisatorische Entwicklung der Leistungsangebote sowie über den Umgang mit den erheblich steigenden Sach- und Energiekosten steht deshalb ebenfalls auf der Agenda.

Eine Anmeldung ist direkt über unsere Website möglich. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Gespräch mit Corinna Rüffer, Berichterstatterin für Behindertenpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Teil 3 unserer Gesprächsserie mit den für die Eingliederungshilfe verantwortlichen Abgeordneten

bpa-Magazin: Sie sind Berichterstatterin für Behindertenpolitik der Grünen Bundestagsfraktion. Wofür wollen Sie sich in dieser Legislaturperiode besonders einsetzen?

Corinna Rüffer: Wir haben uns dazu verpflichtet, in dieser Legislaturperiode erhebliche Verbesserungen für Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen umzusetzen und so endlich unseren Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention nachzukommen. Das müssen wir jetzt angehen – trotz und gerade, weil viele der aktuellen Krisen Menschen mit Behinderungen auf Grund ihrer strukturellen Benachteiligung besonders hart treffen. Ein Schwerpunkt ist für mich, einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen, der faire Arbeitsbedingungen für alle bietet und bestehende Potenziale nutzt. Daneben beschäftigt mich aktuell besonders das laufende Gesetzgebungsverfahren zur Triage. Hier setze ich mich für eine Regelung ein, die dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und behinderte und vorerkrankte Menschen vor einer Benachteiligung schützt.

bpa-Magazin: Im Koalitionsvertrag ist die Nachbesserung des Bundesteilha-



Foto: Stefan Kaminski

Corinna Rüffer, MdB Bündnis 90/
Die Grünen

begesetzes (BTHG) angekündigt. Wie muss aus Ihrer Sicht das BTHG weiterentwickelt werden?

Corinna Rüffer: Ehrlich gesagt: Das BTHG war nie mein Gesetz. Bereits während des Entstehungsprozesses habe ich immer befürchtet, dass hier noch mehr Bürokratie entsteht, ohne dass sich die Lebenssituation für Menschen mit Behinderung dadurch erkennbar verbessert. Dazu kommt die sehr schleppende Umsetzung

in vielen Bereichen. Diese Feststellung allein hilft jedoch nicht – es gilt jetzt vielmehr, den Blick darauf zu richten, welche Potentiale das BTHG hat, um exkludierende Strukturen aufzulösen. Hier wird es hilfreich sein, Best-Practice-Beispiele aus den Ländern in den Fokus zu nehmen. Und da wo es nötig ist, müssen wir als Gesetzgeber*innen nachbessern, um den Ansatz der personenzentrierten Leistungserbringung endlich ernst zu nehmen und das Wunsch- und Wahlrecht zu stärken.

bpa-Magazin: Auf Ihrer Website sprechen Sie davon, Politik für die Teilhabe aller Menschen zu machen. Was können die privaten Anbieter der Eingliederungshilfe diesbezüglich erwarten?

Corinna Rüffer: Das stimmt. Ich setze mich vor allem für die Menschen und insbesondere Menschen mit Behinderung politisch ein. Dabei ist es wichtig, ein qualitativ hochwertiges Unterstützer*innennetz für Menschen mit Behinderung aufzubauen, allerdings standen viel zu lange die Institutionen im Mittelpunkt. Die Stimmen von Menschen mit Behinderung müssen endlich gehört und ihre Bedürfnisse ernst genommen werden. Hieran richte ich mein politisches Engagement aus. pt

Pflege in Gestaltung der TI-Prozesse einbinden

bpa und opta data Gruppe stellen gemeinsames Pilotvorhaben für die Telematikinfrastruktur (TI) in der Pflege vor

Der bpa und die opta data-Gruppe entwickeln in einem gemeinsamen Projekt neue Ansätze für die elektronische Verordnung und einen mobilen Zugang zur Telematik-Infrastruktur (TI). Die beiden Partner haben das Projekt jetzt auf der Messe Medcare 2022 in Leipzig vorgestellt.

Derzeit können sich Pflegebetriebe freiwillig an die Telematikinfrastruktur (TI) anbinden, ab 01.01.2024 besteht dann zunächst für die ambulanten Einrichtungen eine Verpflichtung zur Anbindung. Der bpa und opta data wollen gewährleisten, dass Prozesse und Technologie frühzeitig unter Einbezug von Leistungserbringern aus der Pflege gestaltet werden. Gemeinsam soll aktuell der Zugang zur Telematikinfrastruktur flexibilisiert und für alle Pflegeeinrichtungen sowie deren Softwareanbieter mobil ermöglicht werden.

„Mit unserem gemeinsamen Pilotprojekt wollen wir sicherstellen, dass die TI in der Pflege auf die konkreten Bedürfnisse der Branche zugeschnitten ist und den digitalen Alltag möglichst bereits vor 2024 nicht nur verändert, sondern auch nachhaltig vereinfacht und verbessert“, betont Bernd Tews, Geschäftsführer des bpa.

„Eine anforderungsgerechte Prozess- und Technologiegestaltung ist essenziell, um die TI in der Pflege zu einer Erfolgsgeschichte zu machen. Dazu möchten wir mit unserem Projekt einen entsprechenden Beitrag leisten und laden alle interessierten Partner zum offenen Diskurs ein“, stellt Andreas Fischer, Geschäftsführer der opta data Gruppe heraus.

Das Ziel des Vorhabens besteht in der gemeinsamen Gestaltung und Erpro-

bung eines ganzheitlichen Ende-zu-Ende-Prozesses für eine elektronische Verordnung unter mobilem Zugriff auf die TI. Hier wird der Pfad vom ausstellenden Arzt, über den Versicherten bis hin zum Leistungserbringer und den Kost-

formulierten Anforderungen umgesetzt und erprobt, bei Bedarf ergänzt oder angepasst, und im Austausch mit der Gematik und anderen für die Ausgestaltung der Prozesse verantwortlichen Stellen geteilt. sj/mg

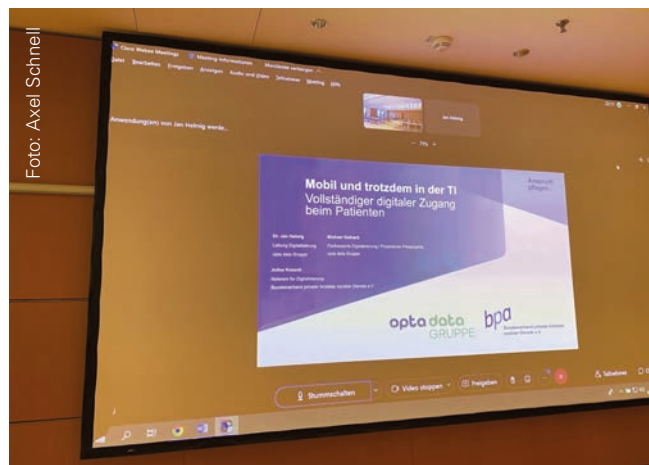


Foto: Axel Schnell

Mobil und trotzdem in der TI

enträgern betrachtet. Dabei setzen bpa und opta data auf offene und etablierte Standards und bauen auf den heute schon vorhandenen Spezifikationen der Gematik auf und laden andere Softwarehäuser ein, sich zu beteiligen.

Besonderen Wert legen die beiden Projektpartner auch auf Offenheit und Transparenz, was sowohl die Projektergebnisse als auch die Unterstützung des Projekts durch weitere Marktteilnehmer angeht. Im Rahmen einer dreistufigen Vorgehensweise werden nun zuerst die Anforderungen an die Prozesse gesammelt und mit den Erkenntnissen aus der Einführung des eRezepts und anderer heute schon aktiver Fachanwendungen der TI komplettiert. Die identifizierten Chancen und Mehrwerte sollen dann im zweiten Schritt als Anforderung (zum Beispiel in Form von Datenmodellen) an die neue Technik ausformuliert werden. Im Rahmen eines Feldtests werden die

Der bpa auf der Medcare 2022 in Leipzig

Viele Messen und Kongresse mussten in den vergangenen Jahren pandemiebedingt pausieren. Das galt auch für die Medcare in Leipzig. Dieses Jahr konnte der Kongress mit Fachmesse endlich wieder stattfinden. Der bpa hat sich an einer Vielzahl von Veranstaltungen zu den Themen Intensivpflege und Digitalisierung in der Pflege beteiligt. Am 5. und 6. Oktober 2022 kamen 920 Besuchende und Mitwirkende ins Congress Center Leipzig auf der Leipziger Messe, um sich in über 110 Veranstaltungen über die neuesten Themen und Trends auf den aktuellen Stand bringen zu lassen.

Bei der Eröffnung des Forums Digitalisierung informierte Doreen Klepzig, stellvertretende Referatsleiterin im Bundesgesundheitsministerium, über die Möglichkeiten und Pläne der Bundesregierung bei der Digitalisierung der Pflege. Dabei ging es unter anderem um die vollelektronische Abrechnung in der Pflege und die elektronische Verordnung von häuslicher Krankenpflege ab 2024. Sie stellte außerdem die Einbindung der Pflege in die Telematikinfrastruktur vor.

kannt. Er stellte außerdem die verschiedenen Projekte der TK im Bereich der Digitalisierung vor.

Bei der von Axel Schnell, Leiter der bpa-Bundesgeschäftsstelle, moderierten Diskussion gab es besonders zur vollelektronischen Abrechnung Nachfragen und Gesprächsbedarf. Doreen Klepzig verwies dazu auf eine Entscheidung der Schiedsstelle. Alexander Krauß zeigte sich dialogbereit hinsichtlich der Frage, ob die Kassen in Sachsen denn bei einer vollelektronischen Abrechnung auch ein verkürztes Zahlungsziel für die Rechnungen der ambulanten Pflegedienste akzeptieren würden.

Brauchen Pflegekräfte einen elektronischen Heilberufsausweis? Um diese Frage ging es im Vortrag von Christian Uebach vom elektronischen Gesundheitsberuferegister (eGBR). In 13 von 16 Bundesländern können elektronische Heilberufsausweise (für Pflegekräfte) und Institutionsausweise (für Pflegedienste) beantragt werden. Christian Uebach zeigte sich optimistisch, dass dieses bis Jahresende in allen Bundesländern möglich sein wird. Erbringer von

dienstes einen elektronischen Heilberufsausweis beantragen. Christian Uebach skizzierte das Verfahren dazu. Wenn eine Mitarbeiterin des Pflegedienstes einen elektronischen Heilberufsausweis vorliegen hat, kann der Pflegedienst seinen Institutionsausweis beantragen. Dieser Institutionsausweis hat die Abkürzung SMC-B. Für die Registrierung beim eGBR werden 45 Euro fällig, ein Heilberufsausweis kostet 500 Euro. Der bpa setzt sich gerade massiv dafür ein, dass die Refinanzierung dieser Kosten über die Kostenträger gewährleistet wird.

Gemeinschaftsprojekt vorgestellt

Der Softwarehersteller und langjährige Kooperationspartner opta data sowie der bpa engagieren sich im Rahmen eines gemeinsamen Pilotprojekts für die Interessen der Leistungserbringer in Bezug auf die Telematikinfrastruktur. Der Fokus liegt dabei auf der Erprobung mobiler Lösungen, die vollständig digitale Prozesse ermöglichen. Im Rahmen der Medcare 2022 wurde das gemeinsame Projekt erstmalig der Öffentlichkeit vorgestellt.

Julius Kosack, Referent für Digitalisierung beim bpa, eröffnete die Veranstaltung mit einem Einblick in die Entstehung der Kooperation und skizzierte aktuelle Herausforderungen denen man entgegentreten möchte, an einem konkreten Fallbeispiel der eVerordnung. Dr. Jan Helmig, Leiter Digitalisierung der opta data Gruppe, erläuterte im Anschluss per Liveschaltung welche technischen Lösungen für einen mobilen Zugriff auf die TI bestehen und wie ein zukünftiger digitaler Prozess des zuvor genannten Fallbeispiels (eVerordnung) aussehen könnte.

Die opta data Gruppe sowie der bpa legen besonderen Wert auf Transparenz und Offenheit und werden in der Zukunft fortlaufend über Projektergebnisse informieren. as/jko

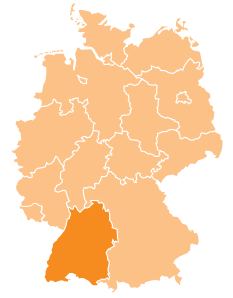


Axel Schnell,
Leiter der
bpa-Bundesgeschäftsstelle

Alexander Krauß, Leiter der Landesvertretung Sachsen der Techniker Krankenkasse (TK), hat für die Verwendung der elektronischen Patientenakte (ePA) geworben. Bisher gebe es erst 500.000 Nutzer, viele Versicherte hätten die zahlreichen Vorteile noch nicht für sich er-

häuslicher Krankenpflege und außerklinische Intensivpflege müssen sich bis zum 1. Januar 2024 an die Telematikinfrastruktur anschließen. Benötigt werden dafür sowohl ein Institutionsausweis als auch ein Heilberufsausweis. Zunächst muss eine Pflegefachkraft eines Pflege-

Landesgruppe Baden-Württemberg



Neue Wege beim Servicehaus Sonnenhalde

Wohnpark „Viertel4“ feiert Richtfest

Seit seiner Gründung im Jahr 1989 hat sich das Servicehaus Sonnenhalde in Engstingen ständig weiterentwickelt. Aktuell beschäftigt das Pflegeunternehmen rund 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sieben Standorten. Mit dem Wohnpark „Viertel4“ in Stetten am kalten Markt sowie einem gleichen Projekt im bayerischen Moosthenning geht das Servicehaus Sonnenhalde nun neue Wege. Ende Juli wurde in Stetten am kalten Markt Richtfest gefeiert.

Auf einem Areal von insgesamt knapp 10.900 qm entstehen insgesamt vier Gebäudeeinheiten. In allen Häusern ist im Erdgeschoss eine Tagespflegeeinrichtung vorgesehen; im 1. und 2. Obergeschoss sind jeweils 18 bis 19 Ein- und Zweizimmer-Wohnungen geplant. Alle Wohnungen sind für Betreutes Wohnen geeignet; ein Teil der Einzimmer-Wohnungen ist komplett rollstuhlgerecht. Das Servicehaus Sonnenhalde stellt den Bewohnern ein Gesamtpaket an Service- und Pflegedienstleistungen verschiedener Anbieter, die sich gegenseitig abstimmen und ergänzen, zur Verfügung. Die Bewohner entscheiden dann selbst, welche Leistung sie von welchem Anbieter in Anspruch nehmen wollen. „Im künftigen ‘Viertel4’ leben Menschen mit allem persönlichem Komfort so individuell und selbstbestimmt wie sie möchten in den eigenen vier Wänden. Hier ist reichlich Raum für Eigenheiten, Wünsche und Bedürfnisse, für Freunde und Familie. Und zwar so selbstverständlich und alltäglich, wie es immer schon war“, fasste Richard Wolfframm, Geschäftsführer des Servicehauses Sonnenhalde und bpa-Mitglied das Konzept zusammen.

Bei einem Rundgang im Anschluss an die Ansprachen hatten die zahlreichen Gäste Gelegenheit, sich selbst einen Eindruck von der durchdachten Architektur des Wohnparks zu verschaffen. „Der Wohnpark als zusätzlicher Baustein altersgerechten Wohnens wertet den Landkreis Sigmaringen deutlich auf“, zeigte sich etwa der Sozialdezernent des Landkreises Sigmaringen Thorsten Schillinger von dem Projekt überzeugt. sk



Foto: Max Ott

In Stetten am kalten Markt Richtfest gefeiert (von links): Richard Wolfframm (Geschäftsführer Servicehaus Sonnenhalde), Björn Peickert (Aufsichtsrat Deutschland-Immobilien), Maik Lehn (Bürgermeister Stetten am kalten Markt), Thorsten Schillinger (Sozialdezernent Landkreis Sigmaringen) und Rudi Fischer (FDP-Landtagsabgeordneter)

Landesgruppe Baden-Württemberg

Fachkonferenz zu Arbeitsschutz und Prävention

Veränderungsprozesse in der Pflege gesund gestalten



Fotos: contec GmbH

Gut besucht: Die Fachkonferenz der „Kooperation Breitenumsetzung von Arbeitsschutz in der Pflege“ in der Alten Reithalle im Hotel Maritim in Stuttgart

Wie es gelingen kann, in einem sich verändernden Pflegeumfeld die Sicherheit und Gesundheit von Pflegenden und Pflegebedürftigen nicht aus dem Blick zu verlieren, stand jetzt im Mittelpunkt einer Fachkonferenz in Stuttgart. Die „Kooperation Breitenumsetzung von Arbeitsschutz in der Pflege“ (KoBra) diskutierte mit rund 100 Teilnehmenden aus der Pflegebranche sowie Expertinnen und Experten aus Arbeitsschutz und Prävention über Wege, wie die Gesundheit von Pflegenden und Pflegebedürftigen zu schützen und zu fördern ist. Die stellvertretende bpa-Landesvorsitzende Nicole Schliz vertrat den bpa als Referentin und Podiumsteilnehmerin.

Die Veranstalter, unter anderem die Unfallversicherungsträger BGW und Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW) sowie das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, hatten dazu sowohl praxisnahe Hilfestellungen zum Thema „Resilienz“ auf die Tagesordnung gesetzt als auch konkrete Beispiele aus der Schnittstelle von Gesundheit und Digitalisierung für die spannende Veranstaltung gewonnen.

Gemeinsam mit Professorin Jutta Heller (Resilienz für Unternehmen) stellte Nicole Schliz Kennzeichen und Maßnahmen resilienter Organisationen vor und präsentierte viele praktische Tipps und Hilfestellungen. Im Mittelpunkt stand die Frage: Wie können Pflegeeinrichtungen sich so aufstellen, dass sie sich gut an Veränderungen anpassen können und auch der Veränderungsdruck die Gesundheit der Beschäftigten und Pflegebedürftigen nicht gefährdet? Jutta Heller gab den Einrichtungen einen Organisations-Check an die Hand, mit dem sie gezielt

Handlungsfelder und Themen zur Bearbeitung auswählen können. Von einer geteilten Vision über ermutigende Führung, einer resilienzfördernden Kultur bis hin zu sehr konkreten Bearbeitungsthemen skizzierte sie anschaulich einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Aus ihrem Beratungsalltag empfahl sie: „Priorisieren Sie, wo Sie den größten Handlungsbedarf sehen und fangen Sie schrittweise an. Werden Sie sich der Stärken Ihrer Einrichtung bewusst und gehen Sie mit Vertrauen und Mut die Dinge an.“



Auf dem Podium (von links): Prof. Dr. Jutta Heller (Resilienz für Unternehmen), Ulrich Hoffmann (Unfallkasse Baden-Württemberg), Nicole Schliz (Intermed Krankenpflege & Altenpflege) und Lisa Bein (BGW Karlsruhe)

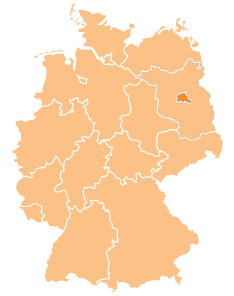
Nicole Schliz legt Wert auf das Motto „von der Krise zur Chance“ und berichtete aus ihrem eigenen ambulanten Pflegedienst (Intermed Krankenpflege & Altenpflege), wie das gelingen kann. Positive Emotionen, Spaß an der gemeinsamen Arbeit und Sinnstiftung seien wichtige Handlungsfelder. „Wenn es außerdem gelingt, gute Arbeitsbeziehungen im Team zu etablieren, in die jede und jeder seine Stärken einbringen kann, dann haben Führungskräfte die nötigen Grundlagen für eine resiliente Haltung gelegt“, sagt Nicole Schliz. Es gehöre auch dazu, Erfolge zu feiern und zu loben – etwas, das leicht vergessen werde. schu



Die stellvertretende bpa-Landesvorsitzende Nicole Schliz stellte Maßnahmen resilienter Organisationen vor.

Landesgruppe Berlin

Sommerfest: Die Landesgruppe Berlin trotz dem Starkregen



bpa-Mitglieder an Deck mit bpa-Geschäftsführer Bernd Tews und Sabrina Weiss, Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle Brandenburg

Unter Deck und im Trockenen haben die Mitglieder dennoch kräftig über die zukünftigen Herausforderungen diskutiert. Im Zentrum stand dabei die Frage, wie nun die Pflegebedürftigen auf die stark steigenden Preise reagieren werden. Gerade Geschäftsführer ambulanter Dienste befürchteten, dass diese die Leistungen kürzen könnten. Dennoch waren alle Anwesenden froh darüber, sich über solche Fragen Gedanken machen zu können, statt sich wegen einer ungeklärten Refinanzierung in ihrer Existenz bedroht zu sehen.

Am Abend zogen sogar die Schwäne ihre Hälse ein und schwammen wie ins Wasser geschlagene Spiegeleier auf dem Landwehrkanal. Der bpa-Unternehmerabend – inoffizielles Sommerfest der Landesgruppe Berlin – fiel das zweite Mal in Folge kräftig ins Wasser. Nach einer wochenlangen Trockenphase ausgerechnet den Tag mit kräftigem Unwetter für das Fest zu erwischen, war schon bemerkenswert. Das für den Abend angemietete Restaurantschiff „van Loon“ ging zwar nicht unter, das Deck stand jedoch unter Wasser. Die Laune der zahlreich erschienenen bpa-Mitglieder konnte der Starkregen dennoch nicht verhaseln.



bpa-Unternehmerabend auf dem Restaurantschiff van Loon

Aus den Diskussionen wurde klar, dass die bpa-Mitglieder auch mit Stürmen in der politischen Großwetterlage umgehen können. Umso schöner war es dann jedoch, dass am Ende des langen Abends die letzten Gäste nach einem Ende des Regens trockenen Fußes von Bord gehen konnten. Mit dem Unternehmerabend wurde in Berlin eine Tradition für die Mitglieder geschaffen, die sicher noch häufig Wiederholung finden wird, völlig unabhängig von Regen oder Sonnenschein. dsch

Denn als Unternehmer muss man heute in der Pflege sowieso eine gewisse Wetterfestigkeit mitbringen und kann es sich nicht erlauben, bei Gegenwind direkt die Segel zu streichen. Zudem hatten die Gäste durchaus Gründe zum Feiern. Der Vorsitzende der Landesgruppe Oliver Stemmann konnte an diesem Abend verkünden, dass mit dem wenige Tage zuvor erreichten Abschluss in der Häuslichen Krankenpflege nun für alle pauschal verhandelten Vergütungen des bpa die Überleitung in die Tarifreue gelungen war. Alle stationären und ambulanten Einrichtungen des bpa konnten damit ab dem 1. September 2022 neue Vereinbarungen mit einer 16-monatigen Laufzeit abschließen und haben somit bezüglich der Personalkostenrefinanzierung Planungssicherheit bis Ende des Jahres 2023. Und nicht nur das: Im Bundesvergleich konnten in Berlin mit die höchsten prozentualen Steigerungen der Vergütungen mit rund 20 Prozent in allen Versorgungsbereichen erreicht werden. bpa-Einrichtungen in Berlin und in Folge deren Mitarbeiter erhalten damit endlich eine vergleichbare Vergütung wie die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege.

nären und ambulanten Einrichtungen des bpa konnten damit ab dem 1. September 2022 neue Vereinbarungen mit einer 16-monatigen Laufzeit abschließen und haben somit bezüglich der Personalkostenrefinanzierung Planungssicherheit bis Ende des Jahres 2023. Und nicht nur das: Im Bundesvergleich konnten in Berlin mit die höchsten prozentualen Steigerungen der Vergütungen mit rund 20 Prozent in allen Versorgungsbereichen erreicht werden. bpa-Einrichtungen in Berlin und in Folge deren Mitarbeiter erhalten damit endlich eine vergleichbare Vergütung wie die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege.



Fotos: contec GmbH

Schwäne auf dem Landwehrkanal

Landesgruppe Berlin

45 Jahre Mitglied im bpa Berlin

Feierliche Urkundenübergabe im Sozialpsychiatrischen Pflegezentrum „Am Körnerpark“



Foto: Oliver Stemmann

Übergabe der Urkunde für 45-jährige Mitgliedschaft im bpa (von links): Einrichtungsleiterin Tanja d'Amico, Ilona Geißler, Einrichtungsleiterin von 1996 bis etwa 2019, Jens Bauermeister, Vorstandsmitglied der bpa-Landesgruppe Berlin, und Pflegedienstleiter Daniel Skähr

Unter der Nummer „10025“ war die Einrichtung am 1. März 1977 als „Grundstücksverwaltungs- und Heimbetriebsgesellschaft Königsberger Str. 23 mbH“ als Mitglied in die bpa-Landesgruppe aufgenommen worden. Unter den noch aktiven Berliner Mitgliedern belegt das Haus Rang 4. Bis ins Jahr 2005 wurde der Betrieb mit 32 Plätzen unter der Adresse Königsberger Straße in Berlin-Lichterfelde geführt. Bedingt durch heimbauaufsichtliche Herausforderungen erfolgte der Umzug nach Neukölln.

„Wir waren so glücklich, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner und das gesamte Personal damals gemeinsam umgezogen sind“, berichtet Ilona Geißler, die die Geschicke des Betriebes seit 1996 als Geschäftsführerin und Einrichtungsleiterin verantwortete. Mit dem Umzug wurde die Platzzahl auf 62 Plätze erweitert.

Das Sozialpsychiatrische Pflegezentrum „Am Körnerpark“ kann auf eine 45-jährige Mitgliedschaft im bpa zurückblicken. Jens Bauermeister, Mitglied des bpa-Landesvorstandes Berlin, gratulierte am 26. Juli 2022 den Führungskräften des inzwischen von der Alloheimgruppe betriebenen Sozialpsychiatrischen Pflegezentrums und überreichte Blumen und die Jubiläumsurkunde. Auch Oliver Stemmann, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Berlin, ließ es sich nicht nehmen, persönlich bei der Feier in Berlin-Neukölln vorbeizuschauen.

Seit Anbeginn waren seelisch und psychisch beeinträchtigte pflegebedürftige Menschen Zielgruppe der Versorgung. In 2010 konnte dann endlich mit den Kostenträgern und dem Bezirk ein für das Bundesland Berlin seltener gesonderter Versorgungsvertrag mit erweitertem Personalschlüssel für die Pflege und Betreuung der anvertrauten Klientel vereinbart werden. Die bpa-Landesgruppe gratuliert und wünscht dem Betrieb mit seiner besonderen Konzeption weiterhin gutes Gelingen. ste

Landesgruppe Berlin

45 Jahre Mitglied im bpa Berlin

Feierliche Urkundenübergabe im Seniorenzentrum Grüntaler Straße

Mitten im Kiez im Berliner Wedding unmittelbar am ehemaligen Mauerstreifen wird eines der ältesten Pflegeheime aus der bpa-Mitgliedschaft betrieben: das Seniorenzentrum Grüntaler Straße. Die Einrichtung, die inzwischen zur „inter pares Sozialholding GmbH“ gehört, ist seit 45 Jahren Mitglied im bpa. Der bpa-

Landesvorsitzende Oliver Stemmann gratulierte Einrichtungsleiterin Sandra Wollner am 18. August zur langjährigen bpa-Mitgliedschaft, überreichte Blumen und die Urkunde.

Das Seniorenzentrum Grüntaler Straße war am 1. August 2021 von der inter-pa-

res-Unternehmensgruppe übernommen worden. Die vormalige Seniorenheim Grüntal OHG wurde bereits am 1. April 1977 Mitglied der bpa-Landesgruppe Berlin und nimmt heute Rang 5 der „Ewigen-Liste“ ein. Die Einrichtung war das erste Haus des Westberliner Unternehmenshepaares Susanne und Peter

Janssen. Insbesondere Susanne Janssen hatte intuitiv und mutig neue Versorgungsformen für demenziell veränderte Menschen entwickelt und dadurch große Anerkennung erlangt.

Die Einrichtung bietet heutzutage 123 Plätze in der vollstationären Pflege mit einem Spezialbereich für psychiatrische und gerontopsychiatrische Pflege sowie zwei Wohnbereiche, die pflegebedürftigen Menschen der Zeugen Jehovas vorbehalten werden.



Foto: Patricia Schwarz

Urkunde für 45 Jahre bpa-Mitgliedschaft: Einrichtungsleiterin Sandra Wollner und Oliver Stemmann, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Berlin

Sandra Wollner bedankte sich für die Unterstützung des bpa, insbesondere die Informationen zum Vorgehen in der Corona-Pandemie seien sehr hilfreich gewesen.

Der bpa-Landesvorstand gratuliert zur langjährigen Mitgliedschaft und wünscht weiterhin gutes Gelingen. ste

Landesgruppe Berlin

Im Norden Berlins entsteht neues Seniorenwohn- und Pflegequartier Betreiberin wird das bpa-Mitglied Katharinenhof

Bei bestem Sonnenschein wurde in Berlin-Pankow kürzlich ein besonderer Anlass gefeiert: Die Seniorenwohnen Heinersdorf GmbH hatte zur Grundsteinlegung eines neuen Seniorenwohn- und Pflegequartiers geladen. Das geplante Quartier wird eine vollstationäre Einrichtung mit 120 Betten, eine Tagespflege und einen ambulanten Pflegedienst beherbergen. Der Pflegedienst wird die zusätzlich 91 Wohneinheiten für Servicewohnen auf dem Gelände versorgen.

Dass Pflegequartiere in dieser Größenordnung in der Hauptstadt entstehen, ist eine absolute Ausnahmeerscheinung und Seltenheit. Stephan Hüssen, Geschäftsführer der Seniorenwohnen Heinersdorf GmbH, legte in seiner Ansprache anschaulich die Gründe hierfür dar. Neben den aktuell durch Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine verursachten Herausforderungen sei auch die notwendige Zusammenarbeit mit den Behörden in Berlin nicht



Grundstein gelegt für ein Seniorenwohn- und Pflegequartier (von links): Stephan Hüssen, Quirin Graf Adelman, Annett Pohler, Sabrina Fischer, Rona Tietje und andere



Fotos: Dietmar Schmidt und Anett Hüssen

Noch ist es eine Baustelle, aber bald wird hier das bpa-Mitglied Katharinenhof ein neues Pflegeheim betreiben.

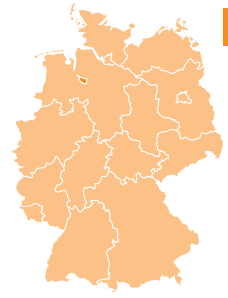
einfach gewesen. Schriftliche oder telefonische Anfragen seien häufig unbeantwortet geblieben, so dass bis zur Erteilung der Baugenehmigung ein Jahr ins Land gegangen sei. Umso glücklicher war Stephan Hüssen, jetzt die Grundsteinlegung feiern zu können.

Betreiber dieses Quartiers wird das bpa-Mitglied Katharinenhof Seniorenwohn- und Pflegeanlage Betriebs-GmbH. Die Geschäftsführerin Annett Pohler hob hervor, dass das entstehende Quartier ein gutes Beispiel für private Investitionen in die notwendige Versorgung mit Pflegeleistungen in Berlin sei. Sie wünschte sich, dass dieses privatwirtschaftliche Engagement vom Bezirk gewürdigt wird und freute sich, das Quartier im Jahr 2024 mit Leben füllen und in Betrieb nehmen zu können.

Bei kubanischen Rhythmen konnten sich die geladenen Gäste nach den Ansprachen auf Tafeln bereits ein Bild davon machen, welche Form das Pflegequartier in den nun folgenden Monaten des Baus annehmen wird. dsch

Landesgruppe Bremen/Bremerhaven

85 Prozent der bpa-Mitglieder in Bremen orientieren sich am Tarif – ambulante Pflegedienste entscheiden sich für höchste Vergütung bei den Beschäftigten



In der Hansestadt Bremen gehört die Diskussion um Lohnunterschiede zwischen privaten Pflegediensten und den Diensten der Wohlfahrt der Vergangenheit an. In einer bundesweit einmaligen Einigung haben sich rund 85 Prozent aller im bpa organisierten ambulanten Dienste zum 1. September 2022 an den Tarifvertrag Pflege in Bremen, den sogenannten TV PflIB, angelehnt.

Möglich ist das nur, weil es dem bpa gelungen ist, für die Mitgliedseinrichtungen die gleichen Vergütungen wie für die Dienste der Wohlfahrtsverbände zu vereinbaren. Private Dienstleister zahlen ihren Beschäftigten nun also das Gleiche wie die Ar-

beitgeber der Wohlfahrt, erhalten dafür aber auch die gleiche notwendige Refinanzierung. Damit gibt es keine Gehaltsunterschiede mehr zwischen privaten ambulanten Trägern und Wohlfahrtsdiensten, was insbesondere vor dem Hintergrund des harten Wettbewerbs um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bremen ein Meilenstein ist.

Der Tarifvertrag TV PflIB ist eine Bremer Besonderheit. Diesem Vertrag haben sich alle Wohlfahrtsverbände in der Vergangenheit angeschlossen und damit faktisch eine Vergleichsgröße in der Bezahlung geschaffen, der sich kaum jemand entziehen konnte. Viele private Arbeitgeber haben sich

Anzeige



Die KongressMesse der Sozialwirtschaft
Einzigartig vielfältig.

7.–8. Dezember 2022 | NürnbergMesse

ÖKOLOGISCH DENKEN, SOZIAL HANDELN,
ZUSAMMENHALT NACHHALTIG STÄRKEN.



Die ConSozial verbindet als Leitveranstaltung der Sozialwirtschaft **Messe und Kongress** zu einer einzigartigen Mischung: Wissen, wertvolle Impulse rund um aktuelle soziale Themen und Berufe als Treffpunkt der sozialen Szene.

consozial.de/besuch



consozial.de/besuch

Follow us on

#ConSozial2022
#ConSozial
#KongressMesse



Veranstalter



Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

Organisation
und Durchführung

NÜRNBERG MESSE



schon früher bei den Gehältern für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dem Niveau des TV PflIB orientiert, erhielten jedoch nicht den Punktwert und nicht den Preis für Leistungen der Behandlungspflege wie die Wohlfahrt, weil sie nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft waren. Diese Zwei-Klassen-Gesellschaft ist nun vorbei.

Die privaten Dienste können nicht nur im Wettbewerb um Pflegekräfte auf Augenhöhe mit der Wohlfahrt mithalten. Sie geben auch ein starkes Signal der Wertschätzung an die Beschäftigten, indem sie sich für die hohen Vergütungen des TV

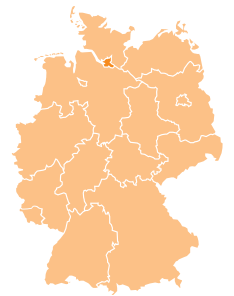
PflIB entschieden haben und nicht für das deutlich niedrigere regionale Entgeltniveau, welches vom GKV-Spitzenverband für Bremen veröffentlicht wurde.

Damit ist der Kurs auch für die Zukunft klar: Die Privaten zahlen das gleiche Gehaltsniveau wie die Wohlfahrt, also müssen sie auch in zukünftigen Verhandlungen die gleiche Finanzierung bekommen.

Dafür wird sich der bpa weiterhin in den Verhandlungen mit den Pflege- und Krankenkassen einsetzen. mvb/kas

Landesgruppe Hamburg

20 Jahre Stadtdomizil – 20 Jahre „Mitten im Leben“



Mitten zwischen den wohl bekanntesten Stadtteilen Hamburgs, dem Schanzenviertel und St. Pauli, liegt das „Stadtdomizil“ mit seinen schön sanierten Altbauten, Cafés und Restaurants. Die bpa-Mitgliedereinrichtung feierte jetzt ihr 20-jähriges Bestehen.

Die Pflegeeinrichtung des Vorsitzenden der bpa-Landesgruppe Hamburg, Frank Wagner, ist dabei alles andere als ein Kontrast zu der stets quirligen und lebendigen Nachbarschaft. In dem Haus, von dessen Dach man die meisten Sehenswürdigkeiten Hamburgs im Blick hat, leben unterschiedliche Generationen und Kulturen zusammen – ganz wie in der übrigen Nachbarschaft. Dazu passend wurde laut und bunt das Jubiläum mit Musik und vielen Gästen im Café, im Hinterhof und auf der Dachterrasse gefeiert. Die hauseigene Band unterstützte die verschiedenen Interpreten musikalisch. Der Geschäftsführer der Frank Wagner Holding Hanseatische Management GmbH erinnert daran, dass das Viertel zu Beginn der 2000er Jahre noch „ein anderes Pflaster“ als heute gewe-

sen sei. Die Idee, dort ein Seniorendomizil zu eröffnen, sei nicht überall auf Zustimmung gestoßen. „Wir haben es trotzdem gewagt und sind heute stolz auf das, was wir in den letzten 20 Jahren dort aufgebaut haben.“

Ebenfalls ein Jubiläum feierte das hauseigene Kleingartenprojekt. Seit zehn

Jahren werden zwischen Frühjahr und Herbst im eigenen Kleingarten Obst und Gemüse gepflanzt, geerntet und gemeinsam zubereitet. Beim gemeinsamen Grillen bei bestem Sommerwetter konnten die Bewohner, Angehörigen und geladenen Gäste schließlich die Feier ausklingen lassen. eck



Goldene Girlanden zum Jubiläum: Das Café wurde zum Festsaal

Landesgruppe Hamburg

Zeitarbeit überflüssig machen

bpa und Hamburgische Krankenhausgesellschaft fordern Finanzierung von Poollösungen in der Pflege

Der bpa und die Hamburgische Krankenhausgesellschaft e.V. (HKG) fordern den Bundesgesetzgeber, den Hamburger Senat sowie die Kranken- und Pflegekassen zu konkreten Schritten für eine Eindämmung der Zeitarbeit und zur Finanzierung von Springerdiensten und Personalpools in der Pflege auf. Zeitarbeit in Hamburger Pflegeeinrichtungen und Kliniken macht den Pflegeberuf unattraktiv und sorgt jedes Jahr für Mehrkosten von rund 15 Millionen Euro, kritisieren die beiden Verbände.

Der Fachkräftemangel stellt den zentralen Engpass für die Sicherstellung der Versorgung dar. Da der Arbeitsmarkt nicht ausreichend neue Pflegekräfte zur Festanstellung bietet, müssen die Arbeitgeber aus der Not heraus auf Zeitarbeit zurückgreifen – nicht nur zur Abfederung von Belastungsspitzen.

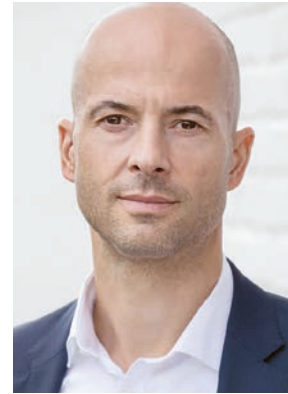
„Zeitarbeit drängt die Stammbesetzung oftmals in die unattraktiven Rand-Arbeitszeiten, schwächt die Bezugspflege und lässt immense Beträge aus dem System der Kranken- und Pflegeversicherung abfließen, ohne dass tatsächlich zusätzliches Personal gewonnen wird“, sagt der bpa-Landesvorsitzende Frank Wagner. „Im Gegenteil: Die Zeitarbeitsunternehmen werben aktiv Pflegekräfte aus Pflegeeinrichtungen und Kliniken ab, um sie dann wieder zurückzuvermieten.“ So konkurrieren Zeitarbeitsfirmen mit Krankenhäusern sowie Pflegeeinrichtungen um Personal und könnten mit frei wählbaren Arbeitszeiten und deutlich höheren Vergütungen locken. Gleichzeitig müssten viele Einrichtungen aber notgedrungen auf Zeitarbeitskräfte zurückgreifen, um Belastungsspitzen abzufangen, weil sinnvollere Alternativen fehlen.

bpa-Landesvorsitzender und Mitglied des bpa-Präsidiums
Frank Wagner



Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und gleichzeitig dem Wunsch der Mitarbeitenden nach mehr Flexibilität Rechnung tragen zu können, benötigen die Krankenhäuser finanzielle Spielräume, um beispielsweise die Mehrkosten hauseigener Pflegepersonalpools zu finanzieren, mit denen Lücken in den Stationsteams kurzfristig ausgeglichen werden können. Auch in den Einrichtungen und Diensten der Langzeitpflege muss zusätzliches Personal für einen Pflegepool refinanziert werden, um den deutlich teureren Einsatz von Zeitarbeit zu begrenzen. Entsprechende Vorschläge seien bereits in der Konzentrierten Aktion Pflege (KAP) auf Bundesebene gemacht worden und müssten jetzt auch in Hamburg aufgegriffen werden, betonen bpa und HKG.

„Durch den Einsatz der Zeitarbeitskräfte entstehen alleine in den Krankenhäusern der Hansestadt nicht refinanzierbare Mehrkosten von rund neun Millionen Euro pro Jahr“, rechnet der 1. Vorsitzende der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft Joachim Gemmel vor. Mehr als sechs Millionen pro Jahr kommen nach Berechnungen des bpa in den Einrichtungen der Langzeitpflege hinzu.

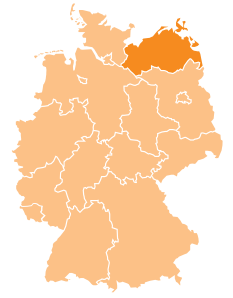


1. Vorsitzender der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft
Joachim Gemmel

„Diese Summe wird dem Gesundheitssystem Jahr für Jahr vollständig entzogen. Wenn wir stattdessen eigene Springerdienste und Personalpools einsetzen und die Mehrkosten an die Krankenkassen weitergeben können, wird die Versorgung im Ergebnis langfristig günstiger und die Arbeit in der Pflege für alle Beschäftigten attraktiver“, so Gemmel.

Der bpa fordert die Kostenträger, also Kassen und Sozialhilfeträger, deshalb auf, umgehend Rahmenvertragsverhandlungen zur Einführung von Poollösungen und anderen Konzepten zur Eindämmung der Zeitarbeit zu beginnen. Für die Krankenhäuser ist der Bundesgesundheitsminister gefragt, eine Anpassung der Pflegefinanzierung für diese Mehrkosten vorzunehmen. Für die notwendige Übergangszeit bis zu einer endgültigen Regelung müssten zudem die Mehrausgaben der Einrichtungen und Kliniken für Zeitarbeit angemessen berücksichtigt und refinanziert werden. An Sozialsenatorin Dr. Melanie Leonhard appellieren die Institutionen, alle notwendigen rechtlichen Grundlagen für solche Poollösungen zu schaffen und die Verhandlungen aktiv zu unterstützen. eck/bra/sj

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern



Austausch zur Gewinnung von Pflegekräften: Gesundheitsministerin Stefanie Drese besucht Pflegeeinrichtungen in Bad Doberan

Politik und Pflegeunternehmen müssen gemeinsam die besten Strategien zur Gewinnung von Fach- und Assistenzkräften entwickeln. Darin waren sich Stefanie Drese und das Team der Pflegeeinrichtungen einig. Die Gesundheitsministerin von Mecklenburg-Vorpommern besuchte im Rahmen ihrer Sommertour das Betreute Wohnen und die Tagespflege in Bad Doberan.

Schon beim gemeinsamen Rundgang interessierte sich Ministerin Drese sehr für die Abläufe, die angebotenen Aktivi-

täten und die Situation der Menschen in der Einrichtung. Immer wieder kam die Politikerin sowohl mit den Mitarbeitenden als auch mit Tagesgästen und Pflegebedürftigen ins Gespräch. Sie zeigte sich auch von dem kürzlich in Dienst gestellten Transportrad beeindruckt. Damit fahren die Mitarbeitenden mit den Tagesgästen einkaufen, zum Arzt oder machen Spazierfahrten durch Bad Doberan.

Beim anschließenden intensiven Austausch mit den Führungskräften der

Pflegeeinrichtungen wurde klar, wie sehr das Unternehmen durch aktuelle Themen wie die einrichtungsbezogene Impfpflicht oder die Umsetzung des GVWG belastet wird.



Beim gemeinsamen Rundgang durch die Tagespflege: Mecklenburg-Vorpommerns Gesundheitsministerin Stefanie Drese (rechts) und links daneben Inhaberin Carolin Lubetzki



Fotos: Astrid Bahr

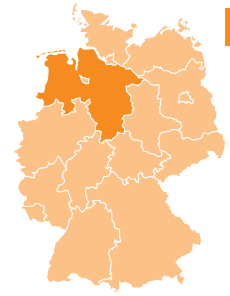
Lastenrad für Spazierfahrten mit (von links): Fahrer Andreas Telschow (Bereichsleiter), Anni Weiß (Tagespflegegast) und Stefanie Drese (Gesundheitsministerin, MdL SPD)

Selfie mit der Ministerin (von links): Stefanie Drese, Carolin Lubetzki, Andreas Telschow, Christine Bergmann (PDL Tagespflege) und Astrid Bahr (PDL Pflegedienst)



Das Image der Pflege in der Öffentlichkeit solle verbessert werden, das wünschte sich das Pflegeeinrichtungen-Team.

Dazu müssten Politik und Unternehmen gemeinsam zeigen, dass der Pflegeberuf interessant, verantwortungsvoll und attraktiv ist. Hierfür hat die bpa-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern schon einige wichtige Schritte getan und zum Beispiel die Arbeitsgruppe Fachkräfte-sicherung gegründet, in der mehrere Mitglieder des Landesvorstandes aktiv sind. cm/mvb



Landesgruppe Niedersachsen

„Die Ära des Schweigens ist zu Ende“ – Mitgliederversammlung in Hannover

Um die Pflege in Niedersachsen auch in Zukunft gewährleisten zu können, müssen deutlich mehr Menschen für den Pflegeberuf gewonnen werden. Das war eine zentrale Botschaft der Mitgliederversammlung der niedersächsischen bpa-Landesgruppe, zu der sich zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Mitgliedsunternehmen sowie externe Gäste in Hannover versammelt hatten.

Eine beschleunigte Zuwanderung sowie ein Ausbau der Schulstrukturen, um den zunehmenden Bedarf an Fach- und Assistenzkräften in der Pflege zu decken, gehörten zu den zentralen Forderungen, die Mitglieder und Referenten an die Politik richteten.

Staatssekretär Heiger Scholz aus dem Niedersächsischen Ministerium für So-

ziales, Gesundheit und Gleichstellung nannte den Fachkräftemangel in seinem Grußwort dramatisch. Die Zahl der Absolventen habe sich im Vergleich zu den Jahrgängen der Babybommer halbiert.

Er bedankte sich angesichts dieser Herausforderungen für den konstruktiven Dialog im Rahmen der Konzentrierten Aktion Pflege auf Landesebene (Kap. NI), die der bpa entscheidend mitgestaltet hatte. „Vor allem bei den Fragen der Vergütungen konnte ein Durchbruch erzielt werden. Das geht in die richtige Richtung! Allen Beteiligten wurden ein langer Atem und Kompromissbereitschaft abverlangt“, sagte der Staatssekretär.

bpa-Geschäftsführer Bernd Tews bestätigte, dass die Pflege in Niedersachsen durch die Kap.NI einen Riesenschritt vorangekommen sei. „Die Ära des Schweigens ist zu Ende“, so Tews.

Großen Anteil am Erfolg hätten die Mitgliedsunternehmen gehabt, sagte der bpa-Geschäftsführer. „Sie haben eine Riesenkampagne auf die Beine gestellt gegen die Ungleichbehandlung von privaten und Wohlfahrts-Betrieben. Das haben Sie super gemacht, dafür herzlichen Dank an den Vorstand und auch an Sie, dass Sie gezeigt haben: Das lassen wir uns nicht länger bieten!“ Dies zeige bis heute Wirkung. Die inzwischen erreichte pauschale Sachkostensteigerung stationär sei einmalig – bundesweit!

Tews mahnte aber auch, man dürfe die Pandemie nicht aus dem Blick verlieren, die nach wie vor eine große Belastung für die Pflegeeinrichtungen sei. Es müsse deshalb eine Fortführung des Rettungsschirms geben. Bei einer Anschluss-



Staatssekretär im Sozialministerium Heiger Scholz spricht das Grußwort



Blick ins Publikum: In vorderer Reihe die externen Gäste (von links): Niedersachsens Staatssekretär im Sozialministerium Heiger Scholz, Dr. Volker Müller (HGF der Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.), Karsten Neumann (ehem. Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Niedersachsen und bpa-Ehrennadelträger), Rainer Brüderle (Präsident des bpa Arbeitgeberverbandes) sowie Dr. Sven Halldorn (Geschäftsführer bpa-Arbeitgeberverband)

Thorsten Meilahn dankt bpa-Geschäftsführer Bernd Tews für dessen Vortrag. Tews wies darauf hin, dass die in Niedersachsen erreichte pauschale Sachkostensteigerung stationär bundesweit einmalig ist.



bestehenden zweijährigen Ausbildung zum Pflegeassistenten könnte der zusätzliche Bedarf weder gedeckt werden noch sei man im Vergleich zur einjährigen Ausbildung in anderen Bundesländern auf dem hart umkämpften Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig.

Um Pflegeassistentenkräfte zu gewinnen, seien unter anderem mehr Kapazitäten an Pflegeschulen notwendig, sagte bpa-Geschäftsführer Norbert Grote in seinem Vortrag. „Wir haben auch zu wenig Pflegepädagoginnen und Pflegepädagogen als Lehrkräfte. Damit ist eine Obergrenze für die Ausbildungskapazitäten vorgezeichnet, obwohl sich viele junge Menschen und Berufswechsler für dieses Arbeitsfeld interessieren.“

Derzeit dauere es acht Jahre vom Start der Ausbildung bis hin zur Lehrbefugnis an einer Pflegeschule. „Das muss überdacht werden. Wir brauchen deutlich schneller zusätzliches Lehrpersonal“, so Grote. Schließlich sei die demographische Entwicklung eine Mega-Herausforderung. Das Land Niedersachsen müsse dringend die Studienplätze in der Pflegepädagogik ausbauen, um die jetzt schon fehlenden Lehrkräfte auszubilden. Bis es so weit sei, müssten alle Möglichkeiten zur Flexibilisierung genutzt werden. mvb



mehr aufrechterhalten, weil sie auf dem Arbeitsmarkt weder Pflegefach- noch Pflegehilfskräfte finden. Auch stationäre Einrichtungen können Plätze aufgrund von Personalmangel nicht mehr belegen. Durch die Umsetzung der geplanten neuen Personalschlüssel in der Pflege spitzt sich die Lage weiter zu und es drohen erhebliche Versorgungslücken in Niedersachsen“, warnte er.

Das neue Personalbemessungssystem in der stationären Pflege fordere nun weitere Fachkräfte, vor allem aber deutlich mehr qualifizierte Pflegeassistentenkräfte mit einer einjährigen Ausbildungsdauer. Mit der in Niedersachsen

bpa-Geschäftsführer Norbert Grote forderte: „Wir brauchen deutlich schneller zusätzliches Lehrpersonal“. Um Pflegeassistentenkräfte zu gewinnen, seien unter anderem mehr Kapazitäten an Pflegeschulen notwendig.

regelung komme es auch darauf an, dass die Pflegebedürftigen nicht über Gebühr belastet werden.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Thorsten Meilahn unterstrich erneut den immensen Personalbedarf in der ambulanten und stationären Pflege: „Ambulante Pflegedienste können schon heute vielerorts die Versorgung nicht



Fotos: Björn Aselmeyer

Thorsten Meilahn, stellv. bpa-Landesvorsitzender, unterstrich den immensen Personalbedarf in der ambulanten und stationären Pflege. Auf dem Podium von links: die Vorstandsmitglieder Sebastian Dücker, Guido Reisener, Heide Grimmelmann-Heimburg, Diana Neumann, Lars Wöhler und Kai Dase

Im Dialog mit der Landespolitik: Susanne Schütz besucht Pflege- zentrum Edewecht

Susanne Schütz, Sprecherin für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Bau der FDP-Landtagsfraktion und der Ammerländer FDP-Vorsitzende Michael Koch mit Einrichtungsleiter Thorsten Meilahn, der auch stellvertretender Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Niedersachsen ist.



Mit Susanne Schütz hat eine führende niedersächsische Sozialpolitikerin im Gespräch mit dem bpa nach Lösungen für die aktuellen Belastungen der Pflegeeinrichtungen durch Tarifpflicht und explodierende Energiepreise gesucht. Die Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Bau der FDP-Fraktion besuchte das Seniorenwohn- und Pflegezentrum Edewecht und machte sich vor Ort ein Bild von der Situation der Pflege. Begleitet wurde sie dabei von dem Ammerländer FDP-Vorsitzenden Michael Koch.

Einrichtungsleiter Thorsten Meilahn, der zugleich stellvertretender Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Niedersachsen ist, konnte den beiden politi-

schen Gästen vor Ort einen Eindruck davon verschaffen, mit wie viel zusätzlicher Bürokratie die Einrichtungen derzeit überfrachtet werden und wie unsicher die Refinanzierung der immensen zusätzlichen Kostenbelastungen vielfach ist. Dabei machte Thorsten Meilahn auch deutlich, dass die klassischen Verhandlungswege mit den Kostenträgern nicht dazu geeignet sind, auf derart schnelle Preissprünge an den Energiemärkten zu reagieren.

Der Besuch der FDP-Politikerin steht im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe politischer Gespräche, die Mitglieder des bpa-Landesvorstandes Niedersachsen immer wieder mit Entscheidungsträgern aus dem Landtag führen.

**IHR
ABRECHNUNGS
EXPERTE**

**Moin! Ich bin
Jennifer Menzel,
Teamleiterin bei der
AS AG für den Raum
Nordrhein-Westfalen.**

IHRE VORTEILE MIT UNS

Persönlicher Ansprechpartner

Keine Vertragslaufzeiten

Auszahlung ab 48 Stunden

Keine Grundgebühren

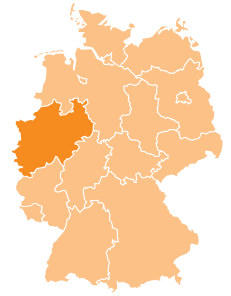


AS | **ABRECHNUNGSSTELLE**
für Heil-, Hilfs- u. Pflegeberufe AG

www.as-bremen.de/abrechnung-pflege.html
0421 303 83 149 | info@as-bremen.de

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Sommerfest der bpa-Landesgruppe mit Rekordbeteiligung



Mit dem großen Sommerfest konnte die bpa-Landesgruppe NRW dank der entspannteren Pandemielage erstmals seit zweieinhalb Jahren wieder eine Präsenzveranstaltung für ihre Mitglieder durchführen. Dass sich viele Mitglieder auf ein persönliches Treffen freuten, zeigte die Rekordzahl von mehr als 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die bei strahlendem Sonnenschein im Café del Sol in Düsseldorf zusammengekommen waren.

Unter Palmen:
bpa-Sommerfest 2022 im
Café del Sol in
Düsseldorf



bpa-Landesvorsitzender Bernhard Rappenhöner

te hier an die Politik, schnell nachzubessern. Als weitere Herausforderung wies er auf die aktuellen Verhandlungen zur Übergangsphase bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes – BTHG in der Eingliederungshilfe hin: Ein sehr zähes Unterfangen.

Als neues Arbeitsfeld konnte Rappenhöner die „Kinder- und Jugendhilfe“ vorstellen. Bei der außerklinischen Intensivpflege verwies er auf die Verhandlungen auf Bundesebene – unter Beteiligung nordrhein-westfälischer Abgesandter – zu den Inhalten und strukturellen

Anforderungen, die anschließend in den neuen Versorgungsverträgen zu berücksichtigen sind. Im Zusammenhang mit den Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine hat sich der bpa für die Versorgung pflegebedürftiger Geflüchteter eingesetzt und auch Geflüchteten eine berufliche Perspektive geboten. Hierbei hatte der bpa stets einen „kurzen Draht“ zum Ministerium, von dem er nun im Gegenzug erwartet, dass die finanziellen Konsequenzen des Krieges und die drastischen Preiserhöhungen, zum Beispiel in den Bereichen Energie und Lebensmittelkosten, aufgefangen werden.

Der bpa-Landesvorsitzende Bernhard Rappenhöner ließ zunächst das vergangene Jahr Revue passieren. Als er im Juni 2021 den Vorsitz von Christof Beckmann übernahm, war ihm klar, welche Herausforderung auf ihn wartete. Corona und Tariftreue waren und sind zwei Schwerpunktthemen, die alle Beteiligten teilweise an ihre Grenzen führen. Scharfe Kritik äußerte Rappenhöner an den Rahmenbedingungen bei der Einführung der Tariftreue Regelung. Hier gäbe es immer noch viele Unklarheiten, Fehler und Streitigkeiten. Und vollkommen offen bleibe die Frage: „Wer soll das bezahlen?“ Rappenhöner appellier-



Ministerialdirigent Udo Diel, Abteilungsleiter Soziales, Pflege und Alter im MAGS NRW

Ministerialdirigent Udo Diel, Abteilungsleiter Soziales, Pflege und Alter im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS NRW) übermittelte Grüße von NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann, der leider kurzfristig absagen musste.

Diel bedankte sich in seinem Grußwort für die Leistungen der Pflege in diesen schwierigen Zeiten. Ebenfalls bedankte er sich ausdrücklich beim bpa für die gute Zusammenarbeit. Er erinnerte sich an so manche Gespräche mit dem bpa – welche zwar nicht immer einfach, aber immer konstruktiv gewesen seien. Dass die stationären Einrichtungen dem Mi-

nister die Überraschung mit den spontanen Öffnungen der Einrichtungen zum Muttertag 2021 verziehen haben, hoffe er sehr. Das Ministerium habe dazugelernt und gebe daher in der Regel Rechtsänderungen nicht mehr am späten Freitagnachmittag bekannt.

Zum Thema Tariftreue erkannte Diel die Probleme und Schwierigkeiten im Rahmen der Umsetzung für die Einrichtungen und bot hier zur Schaffung eines verlässlichen Orientierungsrahmens seine Zusammenarbeit an. Bei den Themen Personalbemessung, ambulante Versorgung und Eingliederungshilfe stellte er das bereits Erreichte vor und zeigte auf, was noch zu tun sei. Hierzu wünsche er sich einen Austausch. Zum Gelingen der vielen gemeinsamen Aufgaben bedürfe es neben dem notwendigen Personal auch eines gemeinsamen Vorgehens. In diesem Sinne freue er sich auf fruchtbare Diskussionen.

dere, dass die Verspätung der Richtlinien von vier Monaten keine Auswirkungen auf die Umsetzungsfrist zum 1. September 2022 gehabt habe. Zudem stehe das Problem der Refinanzierung im Raum. Rund 3.000 Pflegedienste müssten in NRW übergeleitet werden und eine Einigung zur pauschalen Überleitung stehe

ne eine praktikable Umsetzung zu gewährleisten. Bezüglich der stationären Investitionskostenregelung auf Landesebene – unter anderem dem Ende Juni 2021 ausgelaufenen Bestandsschutz – forderte Benkenstein das Ministerium auf, sich dieses Themas anzunehmen und den Dialog fortzusetzen.



bpa-Landesgeschäftsstellenleiterin
Christine Strobel

Im Anschluss beglückwünschte Rappenhöner Christine Strobel, die am 1. Juni 2022 die offizielle Nachfolge von Norbert Grote als Landesgeschäftsstellenleitung angetreten hatte. Strobel, die schon seit gut zehn Jahren als Landesbeauftragte und stellv. Leitung in NRW für den bpa tätig ist, freute sich sehr über die Glückwünsche und auf ihre neuen Aufgaben in diesen herausfordernden Zeiten.

Anschließend konnten sich die Gäste an einem reichhaltigen Buffet vom Grill mit vielen kulinarischen Köstlichkeiten stärken. Hierbei nutzten sie die Gelegenheit sich auszutauschen. Für humorvolle Unterhaltung sorgte der Comedian Fatih Cevikkollu, dem es gelang – zumindest für die Dauer seines Auftritts – die Themen Corona und Tariftreue vergessen zu lassen. ipo

noch nicht fest. Die bpa-Vizepräsidentin appellierte an das Ministerium, sich einzuschalten und sich dieser Sache anzunehmen und zumindest auf Landesebe-



bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein

Endlich wieder
möglich: Treffen
der bpa-Mitglieder
in Präsenz



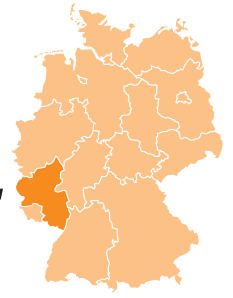
Eine spannende Einschätzung der aktuellen Situation in der Pflege gab bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein ab, die in dieser Funktion zum zweiten Mal eine bpa-Landesgruppe besuchte. „Gesprächsstoff haben wir mehr als genug“, sagte Benkenstein. „Corona hat den Einrichtungen viel abverlangt“. Beim Thema Tariftreue kritisierte sie die schlechte Gesetzeslage, deren Folgen und das Chaos, das die Einrichtungen ausbaden müssten. Unverständlich sei insbeson-



Fotos: Uwe Reinert

Grill-Buffet mit
vielen kulinarischen
Köstlichkeiten

Landesgruppe Rheinland-Pfalz



Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“

Regionalbotschafter von bpa-Mitgliedseinrichtung vertritt jetzt Rheinland-Pfalz

Markus Kowalik von den Seniorenresidenzen der creatio GmbH, bpa-Mitglied in Wittlich, vertritt jetzt Rheinland-Pfalz im bundesweiten Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“. Um Best Practices zu erarbeiten, hatte das Netzwerk Anfang Mai zum vierten Mal jeweils einen Betrieb in jedem Bundesland ausgewählt, der für ein Jahr den Titel Regionalbotschafter trägt.

Integrationsmanager Kowalik fasst seine bisherigen Erlebnisse in der Zusammenarbeit mit Geflüchteten wie folgt zusammen: „Meine beste Erfahrung war die Begleitung eines Geflüchteten aus Eritrea, die nach einer langen Vorbereitung über mehrere Jahre in eine erfolgreiche Anerkennung als Pflegefachkraft mündete. Aber es gibt auch noch viele bürokratische Hürden. Diese möchte ich auch im

Hintergrund

Das „Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ wurde 2016 als gemeinsame Initiative des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und des Bundeswirtschaftsministeriums gegründet. Seitdem haben sich ihm mehr als 3.000 Unternehmen angeschlossen, um gemeinsam und ganz praktisch die Ausbildung und Beschäftigung von Geflüchteten voranzutreiben. Alle Angebote des Netzwerks, wie Beratung, Infomaterialien, Webinare und Workshops, sind wie die Mitgliedschaft kostenfrei. Informationen auf: www.nuif.de. ann/goe/sj



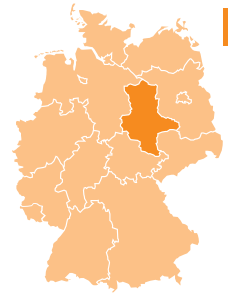
Foto: Jens Naumann

Markus Kowalik,
Integrationsma-
nager bei den
Seniorenresi-
denzen der
creatio GmbH

Wie läuft die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Rheinland-Pfalz? Was sind regionale Besonderheiten und welche Herausforderungen gilt es zu meistern? Das sind einige der Fragen, auf die Markus Kowalik, Personal- und Integrationsmanager der creatio Gruppe, ab sofort als rheinland-pfälzischer Regionalbotschafter Antworten sucht. „Wir freuen uns sehr über dieses persönliche Engagement und sind uns sicher, dass Markus mit seiner jahrelangen Erfahrung viel Expertise in dieses Ehrenamt einbringen kann“, bedankt sich Eric Schmitt, Geschäftsführer der creatio GmbH, dem größten mittelständischen Anbieter stationärer Pflege in der Region Trier.

Rahmen meiner Tätigkeit als Regionalbotschafter reduzieren und damit einen Beitrag zur schnellen Integration leisten – sowohl beruflich als auch privat.“

Die creatio Gruppe beschäftigt aktuell rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und in jeder der vier Residenzen sind mehrere Menschen mit Fluchthintergrund beschäftigt. „Unser Engagement im Netzwerk ist ein weiterer Beleg dafür, dass unter dem Motto ‚Vielfalt leben, Vielfalt erleben‘ in den Seniorenresidenzen gearbeitet und gelebt wird“, freut sich der 44-Jährige. Mitte 2023 ernennen die Regionalbotschafterinnen und -botschafter ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger.



Landesgruppe Sachsen-Anhalt

Fachgespräch zur Eingliederungshilfe mit der Landespolitik

Unsicherheit in der Angebotsplanung ist inakzeptabel

Durch die Vorgaben des Bundesteilhabegesetzes sind zahlreiche Anpassungen der Rechtsgrundlagen für die Eingliederungshilfe erfolgt. Zur landesspezifischen Umsetzung in Form eines Rahmenvertrages nach § 131 SGB IX bestehen zwischen den Verbänden der Leistungserbringer und dem Kostenträger, Sozialagentur und zuständiges Sozialministerium in Sachsen-Anhalt, fortdauernde Differenzen.

gungsfähig. Weil Landtag und Landesregierung bisher keinen Haushalt für 2023 beschlossen haben, fehle laut Aussage des Ministeriums dafür die finanzpolitische Grundlage.

Auf Initiative des bpa wurde die damit für die Leistungserbringer entstehende völlig inakzeptable Unsicherheit in der Angebotsplanung in einem Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Tobias

Hinzu kommt die schleppende Neubewertung der Bedarfe und die Intransparenz der Sozialträger gegenüber Betroffenen und Leistungserbringern. Notwendige Unterlagen werden nicht überstellt, womit die sachgerechte Therapie und Betreuung der Leistungsempfänger erschwert wird und Leistungserbringer in wirtschaftliche Schieflage geraten.

Als Mitglied im Sozialausschuss des Landtages und sozialpolitischer Sprecher der CDU-Regierungsfraktion sagte Tobias Krull zu, sich für zügige Haushaltsberatungen und einen sachgerechten Umgang im Verhandlungsgebaren des Landes gegenüber den Erbringern der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen einzusetzen. herr



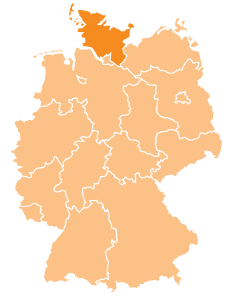
Von links im Monitor: Barbara Göhmann, Syndikusanwältin ZSP Salzwedel und Vorstandsmitglied des bpa Sachsen-Anhalt, Tobias Krull MdL, Sozialpolitischer Sprecher CDU-Regierungsfraktion und Daniel Heyer, bpa-Landesbeauftragter, sowie Martin Schreiber, Geschäftsführer Lebenshilfe Stendal

Zeitweise wurden die Gespräche innerhalb der Arbeitsgruppe aufgrund der Blockadehaltung des Kostenträgers ausgesetzt, was Ausdruck der weit auseinanderliegenden Positionen ist.

Selbst der Minimalkonsens in Form einer weiteren Fortschreibung bestehender Übergangsregelungen zur Leistungsstruktur und Vergütung war nicht eini-

Krull (CDU) thematisiert. Einmütig kritisierten private Anbieter und Vertreter der Wohlfahrt das Verhalten der Landesbehörden. Es kann etwa nicht sein, dass jeder Leistungserbringer laut geforderter Versorgungsverpflichtung alle Hilfebedarfsgruppen annehmen oder bei Veränderung behalten muss, ohne die dafür erforderlichen Vorhaltekosten für notwendiges Personal anzuerkennen.

Landesgruppe Schleswig-Holstein



Sozialministerin Aminata Touré besucht bpa-Mitgliedseinrichtung in Lütjensee



Auf der Terrasse von „Haus am See“ in Lütjensee: Ministerin Aminata Touré im Austausch mit der Heimbeiratsvorsitzenden Trude Weiß (rechts) und Ingrid Rehders (links)

gierung geplanten Corona-Maßnahmen. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Tariftreueregelung und den allseits gewünschten Gehaltssteigerungen für die Pflegekräfte setzt sich die Ministerin für Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung ein und unterstützt damit eine Forderung des bpa. Damit soll sichergestellt werden, dass die pflegebedürftigen Menschen nicht zusätzlich belastet werden.

Während der anschließenden Hausbegehung sei die Ministerin mit großer Offenheit und viel Wertschätzung auf die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Mitarbeitenden zugegangen. „Wir haben uns sehr über das große Interesse und den offenen Austausch mit der Ministerin gefreut. Mit ihrer freundlichen und zugewandten Art hat sie es allen Beteiligten leicht gemacht, mit ihr ins Gespräch zu kommen“, sagt Ralf Schulz, Geschäftsführer „Haus am See“ und langjähriges bpa-Mitglied. abu

Themen, die die Pflege aktuell beschäftigen, scheinen bei der neuen Sozialministerin von Schleswig-Holstein Aminata Touré in guten Händen zu sein. Das wurde bei ihrem Besuch im „Haus am See“ in Lütjensee deutlich. Begleitet wurde die Ministerin vom NDR-3-Team, welches eine Reportage über die neue Amtsträgerin am Folgetag im Nordmagazin ausstrahlte.

In lockerer Runde auf der Terrasse gab es Gelegenheit, sich mit der Ministerin über aktuelle Pflege Themen auszutauschen. Der Alltag älterer und pflegebedürftiger Menschen wird entscheidend durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse mitbestimmt. Die vergangenen zwei Jahre haben dies deutlich gemacht. Umso wichtiger war es, der Ministerin die Rahmenbedingungen für die tägliche, praktische Arbeit zu erläutern.

„Wer pflegt uns, wenn wir älter werden?“ – Der Personalmangel, aber auch

die bisherigen Erfahrungen mit der generalistischen Ausbildung interessierten die Ministerin genauso, wie die Rückmeldung zu den von der Landesre-



Von links: Geschäftsführer Ralf Schulz, Ministerin Aminata Touré, Ausbildungskordinatorin Katrin Wölz-Berlec und Sibylle Martens (Belegungsmanagement und Leitung Beschäftigungstherapie)

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Unternehmerpreis für Newcomerinnen 2022 an Bozena Jäger und Natali Köthe verliehen

„Mit der Herausforderung und dem Durchhaltevermögen, was die Selbstständigkeit in der ambulanten Pflege mit sich bringt, haben sie bewiesen und dazu beigetragen, das Ansehen und die Anerkennung der Pflege in der Gesellschaft voranzubringen und besser zu machen“, heißt es in der Jurybewertung. Drei Jahre nach Gründung ihres Pflegedienstes „Mara-NF Seniorenbetreuung & Ambulante Pflege GbR“ wurden die bpa-Mitglieder Bozena Jäger und Natali Köthe für ihr Konzept mit dem Unternehmerpreis für Newcomerinnen der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) ausgezeichnet.

Unser Beruf ist unsere Berufung – diese Einstellung sei für den beruflichen Weg der beiden Pflegefachkräfte wegweisend gewesen. Die beiden Frauen haben sich in einem Alten- und Pflegeheim kennen und schätzen gelernt. Ihr Fachwissen bauten sie in Führungspositionen als Pflegedienstleitung, Einrichtungsleitung sowie im Qualitätsmanagement weiter aus. Mit Fröhlichkeit und Leidenschaft verfolgten Bozena Jäger und Natali Köthe ein Ziel: Lass uns einen guten Pflegedienst gründen, der unser Verständnis von individueller Pflege und Betreuung widerspiegelt, von teamorientierter Personalführung auf Augenhöhe.

Auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit suchten sie den Kontakt zur Beratungsstelle „Frau und Beruf“, die Frauen auf ihrem beruflichen Weg unterstützt. Ihre Unternehmensgründung nahm plötzlich Fahrt auf, als sie am 1. Februar 2019 auf dem Weg zum Innovationscenter NIC nach Niebüll waren. Auf der Fahrt dorthin entschieden sie sich, einen Stopp in Bredstedt einzulegen zum Tag der offenen Tür beim Pflegedienst von

Marina Raddatz. Einige Zeit später, im Nachgang zu diesem Besuch bot Marina Raddatz ihnen an, ihren Pflegedienst zu übernehmen.

Diese Chance wollten sie sich nicht entgehen lassen. Am 1. Juli 2019 übernahmen Bozena Jäger und Natali Köthe den



Bozena Jäger und Natali Köthe konzentrieren sich mit ihrem ambulanten Pflegedienst neben der Qualität in der Pflege auch auf das Wohlergehen ihres Teams.

Pflegedienst und brachten ihn auf Wachstumskurs. Heute beschäftigen sie 41 Pflegekräfte, fünf Auszubildende und haben einen großen Kundenstamm in Bredstedt, Husum und Umgebung. Jäger und Köthe freuen sich, dass sie schon viele ihrer Ziele erreicht haben, wie zum Beispiel ein gut aufgestelltes Palliativteam in Kooperation mit dem Hospiz.

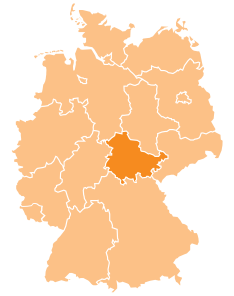
Mit ihrem Team arbeiten sie kontinuierlich an Optimierungsprozessen und nicht nach dem Motto: Zack, zack und schnell weiter. Gerade dann, wenn Kinder nicht vorhanden oder weit weggezogen sind

und sich nicht intensiv um die Eltern kümmern können, ist der Pflegedienst für viele Pflegebedürftige der einzige soziale Kontakt. Die Mitarbeitenden sollen sich deshalb die nötige Zeit für ein Gespräch nehmen, wenn gewünscht, auch bei einer Tasse Kaffee.

Drei Tage haben sie an der Bewerbung für die IB.SH-Newcomerinnen gearbeitet und mit Hilfe ihres Steuerberaters alle erforderlichen Unterlagen zusammengestellt, um die Stimmigkeit des Konzepts belegen zu können. Überzeugt hat das breite Angebot des Pflegedienstes und die individuelle Ausrichtung auf jeden einzelnen Kunden. „Menschlichkeit und Zeit bestimmen unser Handeln“, so lautet der Spruch, der über dem Empfang in Bredstedt zu lesen ist. Das Augenmerk der Inhaberinnen konzentriert sich neben der Qualität in der Pflege auch auf das Wohlergehen des Teams. Für die vielen alleinerziehenden Mütter gilt es den Dienstplan an deren Bedürfnisse anzupassen, gleichzeitig das gesamte Team im Blick zu behalten und die Palliativ-Versorgung sowie den Hausnotruf 24 Stunden abzudecken. Diese Anforderungen meistern Jäger und Köthe mit Bravour. „Nach unseren Erfahrungen können wir jedem und jeder, die für eine Idee brennt, Kraft und Leidenschaft dafür verspürt, egal in welcher Branche, die Selbstständigkeit nur empfehlen“, so das Resümee der beiden Pflegeunternehmerinnen. idw/abu/sj

Landesgruppe Thüringen

Empfang 2022 der Landesgruppe mit Besichtigung der Weinkellerei in Bad Sulza



Nach dreijähriger coronabedingter Pause hatte der Vorstand der bpa-Landesgruppe Thüringen in das Thüringer Weingut Bad Sulza zum Sommerempfang 2022 eingeladen. So konnten die Mitglieder gemeinsam ins Gespräch kommen und das Weingut kennenlernen.



Führung durch den Weinkeller



bpa-Vizepräsidentin und thüringische bpa-Landesvorsitzende Margit Benkenstein mit Weinbautechniker Andreas Clauß und seiner Frau Kathrin

Von links: Helko Richter, Herbert Mauel und Hans-Werner Richter



Zur Begrüßung machte die Landesvorsitzende und bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein deutlich, welche schwierige Zeiten hinter den Mitgliedseinrichtungen liegen und welche Herausforderungen sie zukünftig in der Pflegebranche in Thüringen noch erwarten. „Aber jetzt wird erst einmal in Präsenz gefeiert“, so Benkenstein. Bei einem Glas Prosecco und mit Blick über die Weinberge lauschten die Gäste den einführenden Worten von Andreas Clauß in den Thüringer

Weinbau. Der gelernte Weinbautechniker hat das Weingut seit Mitte der 90er-Jahre maßgeblich geprägt. Unter anderem durch sein Engagement konnte sich der Weinbau in der Region erneut etablieren und die Weinkultur neu belebt werden. Nach Kaffee und Kuchen im Guts-

hof folgte eine Besichtigung der modern eingerichteten Weinkellerei, in der die Weine in Edelstahlbehältern, traditionellen Holzfässern und Barriques heranreifen. „Jeder Tropfen Wein ist ein kleines Wunder der Natur, in dem viel harte Arbeit steckt. Umso belohnender ist es zu sehen, wie sich Menschen für unsere Weine begeistern“, sagte Andreas Clauß, der mit seiner Frau Kathrin das „Thüringer Weingut Bad Sulza“ als modernen Gutsbetrieb präsentierte. Die bpa-Mitglieder und weitere Gäste, darunter auch der ehemalige bpa-Geschäftsführer Herbert Mauel, erlebten gemeinsam einen unbeschwernten Abend, entspannten bei gutem Wein und Köstlichkeiten vom kaltwarmen Buffet im Gutshof. Auch das schöne Wetter trug zu dieser rundum gelungenen Veranstaltung bei. rä



Geselliges Beisammensein im Weingut

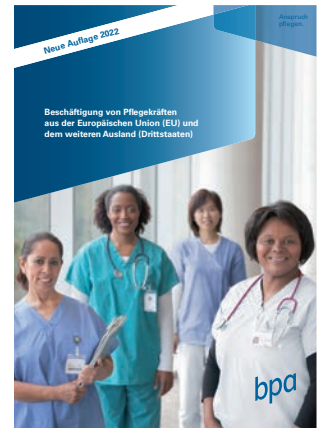
Broschüre „Beschäftigung von Pflegekräften aus der Europäischen Union (EU) und dem weiteren Ausland (Drittstaaten)“

Neue, vollständig überarbeitete Ausgabe 2022 erschienen

Die Gewinnung von internationalen Pflegekräften gewinnt zur Sicherung des Personalbedarfs in der Pflege weiter an Bedeutung. Der Krieg in der Ukraine hat zudem dazu geführt, dass viele Menschen nach Deutschland geflüchtet sind, und hier unter deutlich einfacheren Voraussetzungen einer beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Hiervon wird letztlich auch die Pflege profitieren können.

Der bpa stellt seinen Mitgliedern deshalb nun eine aktualisierte Broschüre (6. Auflage, Stand 2022) zur „Beschäftigung von Pflegekräften aus der Europäischen Union (EU) und dem weiteren Ausland

(Drittstaaten)“ zur Verfügung. Sie bietet einen Überblick über die Voraussetzungen, die es bei der Beschäftigung von Pflegekräften aus dem EU-Ausland und aus Drittstaaten zu beachten gilt. Dabei werden insbesondere die einzelnen Schritte von der Anwerbung über die Anerkennung bereits vorhandener Qualifikationen bis zur tatsächlichen Beschäftigung sowie die Ausbildung von jungen Menschen erläutert. Zudem erhalten die Mitglieder Einblicke in Vermittlungsprojekte und Kontaktdaten zu entsprechenden Organisationen. Die Broschüre ist exklusiv für bpa-Mitglieder in den bpa-Landesgeschäftsstellen erhältlich.



Anzeige

IMMAC
group

Nachhaltige Partnerschaften fest im Fokus.
IMMAC – Spezialist für Sozialimmobilien.



www.IMMAC.de

Verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In den vergangenen Monaten konnten zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bpa ihr Betriebsjubiläum feiern

Aus dem Büro ins Wohnmobil: Stephan von Kroge geht in den Ruhestand



Das Team der Landesgeschäftsstelle Niedersachsen verabschiedete Stephan von Kroge bei einem gemeinsamen Essen im kollegialen Kreis mit vielen Anekdoten und kleinen Geschenken. Wir bedanken uns sehr für die großartige Zusammenarbeit.

Der langjährige bpa-Landesbeauftragte Stephan von Kroge hat sich in den Ruhestand verabschiedet. 13 Jahre lang war er ein engagierter und verlässlicher Kollege im Team der Landesgeschäftsstelle in Hannover. Seine Schwerpunktthemen waren neben der Beratung der SGB XII-Mitgliedseinrichtungen vor allem das Qualitätsmanagement und die Umsetzung der gesetzlichen Änderungen in der Eingliederungshilfe. Hier lagen auch die beruflichen Wurzeln von Stephan von Kroge. Nachdem er selbst in der Pflege geistig behinderter Menschen tätig war, wechselte er nach einem Studium in die Verbandsfunktion und kam 2009 letztlich zum bpa. Hier begleitete er viele zentrale Projekte, angefangen von der „Entbürokratisierung der Pflegedokumentation“ über das „Neue Begutachtungsassessment“ bis hin zum „Indikatorenmodell“. Dabei gelang es Stephan von Kroge immer, die Inhalte auf ein verständliches Niveau herunterzubrechen und für unsere Mitglieder nachvollziehbar und anwendbar zu machen. Auch in Vorträgen und fachlichen Papieren konnte er die Positionen des bpa klar und trotzdem verbindlich formulieren. Dafür bedankten sich die bpa-Geschäftsführer zum Abschied ausdrücklich. Stephan von Kroge will sich jetzt vor allem dem heimischen Garten zuwenden und die Welt bereisen. Dazu stehen ein Wohnmobil und sein Motorrad bereit.

Tina Schneider, 20 Jahre bpa

Sie hat mit dem bpa schon so einiges erlebt – denn seit nunmehr 20 Jahren ist Tina Schneider im Sekretariat der bpa-Bundesgeschäftsstelle eine verlässliche Stütze. Sie war eine der ersten neuen Mitarbeiterinnen in der Bundesgeschäftsstelle in der Hannoverischen Straße in Berlin. Als gebürtige Berlinerin hat Tina Schneider dafür gesorgt, dass die Zugezogenen schnell mit den hiesigen Sitten und Gebräuchen (und ihren Vorstellungen dazu) vertraut geworden sind. Vermutlich hat sie im Laufe der letzten 20 Jahre einige Tausend Anrufe angenommen, Auskunft erteilt, Fragen beantwortet und Anliegen bearbeitet. Tina Schneider ist oft die erste Ansprechpartnerin für Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen, Ministerien, Abgeordnete, Presse und viele andere, die sich auf Bundesebene an den bpa wenden. Die Geschäftsführer wissen ihre Ansprechpartner bei ihr in guten Händen, denn sie ist eine exzellente Visitenkarte für unseren Verband. Tina Schneider hat auch die großen Veränderungen der bpa-Bundesgeschäftsstelle aktiv mitgestaltet. Den Umzug in die Friedrichstraße und die Vergrößerung unserer Fläche mit all den damit zusammenhängenden Aufgaben hätten wir ohne sie nicht so gut hinbekommen. Sie kümmert sich auch um Abläufe und Aufgaben bei uns, um die sich andere sonst nicht kümmern. Mit wachsender Zahl an Kolleginnen und Kollegen ist das eine besondere Herausforderung. Aber mit ihrem Charme, ih-

rer zupackenden Art und der manchmal notwendigen Deutlichkeit gelingt es ihr hervorragend, für die notwendige Ordnung zu sorgen. Gleichzeitig hat sie aber auch immer ein offenes Ohr und ist eine geschätzte Ansprechpartnerin für die Kolleginnen und Kollegen. Mit ihrer langjährigen Erfahrung als Mitarbeiterin der Bundesgeschäftsstelle hat Tina Schneider eine herausragende Bedeutung für unsere Mitglieder, für den Präsidenten sowie für die Kolleginnen und Kollegen. Am 16. September 2022



Tina Schneider und bpa-Geschäftsführer Bernd Tews

konnte sie ihr 20-jähriges Dienstjubiläum beim bpa feiern. Die Geschäftsführer Norbert Grote und Bernd Tews gratulieren herzlich und bedanken sich für ihre erfolgreiche Arbeit im bpa. Innerhalb von 20 Jahren hat sie erfolgreich daran mitgewirkt, dass unser Verband stetig größer, durchsetzungsfähiger und mitgliederstärker geworden ist. Die Geschäftsführer und das Team der Bundesgeschäftsstelle sind froh, Tina Schneider als feste Stütze des Verbandes an ihrer Seite zu wissen, und freuen sich sehr auf die weitere Zusammenarbeit.

Olaf Schwabe, 20 Jahre bpa

Im bpa hat Olaf Schwabe schon viel erlebt und mitgestaltet. Ohne ihn und sein unermüdliches und manchmal auch emotionales Engagement hätte der bpa nicht die Entwicklung nehmen können, die dann tatsächlich erfolgte. Am 1. Oktober 2002 hatte Olaf Schwabe seine Tätigkeit als Referent des ehemaligen Geschäftsführers Herbert Mauel in Berlin aufgenommen und in dieser Funktion einen guten Überblick der stationären Pflege in 16 Bundesländern. Neben der beruflichen Heimat fand er im bpa auch sein privates Glück und ist in die Geschäftsstelle nach Sachsen gewechselt. Dort übernahm er im Jahr 2015 mit seinen vielfältigen beruflichen Kenntnissen und Erfahrungen als Landesbeauftragter die Be- und Erarbeitung der Änderungen und Neuregelungen des Bundesteilhabegesetzes und vertritt in Gremien und Vertragsverhandlungen die Positionen des Verbandes. Engagiert setzt sich Olaf Schwabe vor Schiedsstellen und auch der Clearingstelle für die Interessen der Mitglieder und auch Schutzbefehlener ein. Damit



bpa-Landesvorsitzender Igor Ratzenberger (rechts) gratuliert Olaf Schwabe zum 20-jährigen bpa-Dienstjubiläum

hat Olaf Schwabe maßgeblich dazu beigetragen, dass die bpa-Mitglieder in der Eingliederungshilfe sich regelmäßig und gut miteinander austauschen können und im bpa einen eigenen Ansprechpartner für ihr Versorgungssetting haben. Sein Geschick, komplexe juristische Anforderungen, wie beispielsweise die Landesvorgaben zum Umgang mit Corona, verständlich und anwendbar für Nichtjuristen aufzubereiten, wird von allen Mitgliedern der Landesgruppe sehr geschätzt. Seine große Kollegialität und Hilfsbereitschaft sowie seine juristische Genauigkeit zeichnen ihn in besonderem Maße aus. Auch

die Mitstreiter der Wohlfahrtspflege wissen diese hohe Fachkompetenz sehr zu schätzen und vertrauen seiner Expertise. Die Geschäftsführer, der Landesvorstand und das Team der Landesgeschäftsstelle in Sachsen gratulieren Olaf Schwabe herzlich zum 20-jährigen bpa-Dienstjubiläum und bedanken sich für seine engagierte, kompetente und erfolgreiche Arbeit für den bpa. Als feste Stütze des Verbandes und sichere Bank der Interessenvertretung für unsere Mitgliedereinrichtungen sind sie froh, Olaf Schwabe an ihrer Seite zu wissen und freuen sich sehr auf die weitere Zusammenarbeit.

Verena Hansen, 15 Jahre bpa

Anfang Juli konnte Verena Hansen ihr 15-jähriges Dienstjubiläum in der bpa-Landesgeschäftsstelle Schleswig-Holstein feiern. Bei einer kleinen Feier überreichte der Landesgruppenvorsitzende Mathias Steinbuck die Jubiläumsurkunde von bpa-Präsident Bernd Meurer und richtete die herzliche Gratulation der Geschäftsführung in Berlin für 15 Jahre aus. Auch die Mitglieder des Landesvorstands ließen ihren Dank für die geleistete Arbeit ausrichten. Engagiert, lösungsorientiert, herzlich, aber auch bekannt für klare Worte, genau diese Eigenschaften schätzen sowohl der Vorstand als auch die Mitglieder im hohen Norden. Verena Hansen hat den bpa in Schleswig-Holstein entscheidend mitgestaltet und geprägt. Sie begann ihre Arbeit im Sekretariat noch unter Leitung von Adolf Popall als Zwei-Personen-Geschäftsstelle. Seither hat sich



bpa-Landesvorsitzender Mathias Steinbuck überreicht die Jubiläumsurkunde an Verena Hansen

die Mitgliederzahl verdoppelt und das Team vergrößert. Für die bpa-Landesgruppe kümmert sich Verena Hansen mit ansteckender Begeisterung um das

Freiwillige Soziale Jahr (FSJ). Bei ihr laufen viele der Fäden zusammen, sie hält den Kontakt sowohl zu den Einsatzstellen als auch den Kooperationspartnern. Für die Geschäftsstelle des Forum Pflegegesellschaft e.V. sorgt sie seit vielen Jahren für die reibungslose Vorbereitung von Förderanträgen, Sitzungen und Tagungen. Sport, Angeln, Lesen, Reisen, aber vor allem Laufen und Fahrradfahren gehören zu den Hobbys, die Verena Hansen in ihrer Freizeit pflegt. Als aktive Vorreiterin der Dienstradnutzung fährt sie regelmäßig 20 km einmal um die Kieler Bucht zur Arbeit. Betriebliche Gesundheitsförderung beginnt so schon an der Haustür. Durch ihre kompetente, zugewandte, engagierte Arbeitsweise und große Erfahrung ist sie eine zentrale und verlässliche Stütze der bpa-Landesgeschäftsstelle in Kiel. Wir freuen uns auf viele weitere gemeinsame Jahre!

Michael Siering, 10 Jahre bpa

Michael Siering, Landesbeauftragter in der bpa-Landesgeschäftsstelle NRW, konnte am 1. Oktober sein 10-jähriges Dienstjubiläum beim bpa feiern. Der sehr starke Mitgliederzuwachs im ambulanten Bereich innerhalb der vergangenen zehn Jahre ist auch sein Verdienst, weil er durch sein Wissen, seine besonnene Art und die exzellente Beratung viele Neugründer, aber auch langjährige Betreiber von ambulanten Diensten überzeugt und für den bpa begeistert. Vor zehn Jahren brachte er Know-how und jahrelange Verbandserfahrung mit in das damals noch kleine Team. Damit war Michael Siering ein großer Gewinn für unsere Mitglieder und die Landesgeschäftsstelle NRW –



Christine Strobel, Leiterin der Landesgeschäftsstelle, und Michael Siering im Kreis der Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf

und er ist es bis heute. Seine Kolleginnen und Kollegen, die Leiterin der Landesgeschäftsstelle und die Geschäftsführer schätzen ihn für seine Loyalität, seine Kollegialität und seine angenehme und besonnene Art. Michael Siering ist immer für jeden Mitarbeitenden ansprechbar, wenn es um die Suche nach

Lösungen für unsere Mitglieder geht. Besonders seine Fachlichkeit und ruhige Ausstrahlung bereichern das Team der Geschäftsstelle. Wir danken Michael Siering für zehn Jahre begeisternde und erfolgreiche Arbeit im bpa und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Christopher Ratter
Referent Öffentlichkeitsarbeit/
Digitale Kommunikation

Christopher Ratter verstärkt seit 1. März 2022 als „Referent Öffentlichkeitsarbeit/Digitale Kommunikation“ das Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der bpa-Bundesgeschäftsstelle. In dieser Funktion gestaltet er aus der Bundesgeschäftsstelle heraus die Umsetzung unserer Social Media-Strategie und entwickelt digitale Kommunikationswege weiter. Christopher Ratter war nach seinem Germanistik- und Rhetorik-Studium für verschiedene Zeitungen und die Nachrichtenagentur dpa ebenso tätig wie im Agenturbereich. In den vergangenen vier Jahren verantwortete er im Team von Michelle Müntefering, der früheren Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, den Aufbau und die Betreuung der Social Media-Kanäle.



Oliver Bösener
Landesreferent für Brandenburg

Oliver Bösener unterstützt seit dem 1. Juni 2022 als Landesreferent die bpa-Landesgeschäftsstelle Brandenburg. Zuvor arbeitete der Jurist für Unternehmen aus den Bereichen Bankwesen und Immobilien. Mit seiner Einstellung wird die juristische Expertise in der Landesgeschäftsstelle verstärkt. Der gebürtige Berliner freut sich darauf, die Mitglieder gemeinsam mit dem Team der Landesgeschäftsstelle Brandenburg tatkräftig zu unterstützen.



Michael Lorenz
Landesbeauftragter für Hamburg

Michael Lorenz unterstützt seit dem 1. Oktober 2022 die bpa-Landesgeschäftsstelle in Hamburg als Landesbeauftragter. Bereits während des Jura-Studiums organisierte er für zwei Sozialstationen die Abrechnungen mit den Kassen und formulierte Widersprüche für die Kunden. Danach wurde er Justiziar eines bundesweiten Pflegeheimbetreibers (bpa-Mitglied) mit angeschlossenem Pflegesatzreferat. Nach dem Unternehmensverkauf betrieb er mit damaligen Arbeitskollegen selbst ein kleines Pflegeheim und lernte die rechtlichen Anforderungen bei Personalausfall, Vorgaben von Aufsichtsbehörden und Wünsche von Kunden und Angehörigen real kennen. Er kann dadurch nachvollziehen, welche Auswirkungen rechtliche Formulierungen auf die tägliche Arbeit vor Ort haben. Daran schloss sich zunächst eine fünfjährige Tätigkeit als Landesreferent in der Landesgeschäftsstelle des bpa in Hannover an. Nach einer weiteren fünfjährigen Zeit als niedergelassener Anwalt in einer dörflichen Kanzlei mit Kontakt zu nahezu allen Rechtsgebieten, widmet sich Michael Lorenz nunmehr wieder vornehmlich, aber nicht nur, dem stationären Pflegebereich.



Stefan Waldeck
Justiziar in der Bundesgeschäftsstelle

Stefan Waldeck verstärkt seit dem 1. August 2022 als Justiziar den Geschäftsbereich Recht der bpa-Bundesgeschäftsstelle. Nach dem Abschluss des Studiums an der Universität Passau und an der Universität Cardiff/GB absolvierte er das Referendariat in Berlin. Nach einem Jahr als Staatsanwalt in Berlin wechselte Stefan Waldeck auf eigenen Wunsch in die Anwaltschaft und betrieb in Berlin-Charlottenburg eine eigene Kanzlei, zeitweise im Verbund mit anderen Kollegen. Seit etwa zehn Jahren wandte er sich immer mehr dem Medizinrecht zu und absolvierte im Jahr 2014 den Fachanwaltskurs in diesem Bereich. Im Jahr 2019 bildete er sich weiter fort und lies sich zum Healthcare Compliance Officer ausbilden. Zu seinen Aufgaben beim bpa zählt die Bearbeitung des Themas Tagespflege.

Der bpa auf der ConSozial 2022



Einzigartig vielfältig.

23. Fachmesse und Kongress der Sozialwirtschaft

7. – 8. Dezember 2022
Messezentrum Nürnberg

„Ökologisch denken, sozial handeln, Zusammenhalt nachhaltig stärken“ – so lautet das Motto der diesjährigen ConSozial, die am 7. und 8. Dezember 2022 und damit erstmals zeitgleich mit dem Nürnberger Christkindlesmarkt stattfindet.

Der bpa und Dr. Loew Soziale Dienstleistungen sind mit einem Gemeinschaftsstand in den Nürnberger Messehallen vertreten (Halle 3A, Standnummer 3A-417).

Ihre Ansprechpartner beim bpa

Bundesgeschäftsstellen

Friedrichstraße 148 · 10117 Berlin
 Geschäftsführer: **Norbert Grote, Bernd Tews**
 Leiterin Justitiariat: **Ise Neumann**
 Leiter der Bundesgeschäftsstelle: **Axel Schnell**
 Telefon: +49 30 308788-60
 Telefax: +49 30 308788-89
 bund@bpa.de

Verwaltung Bundesangelegenheiten:

Monika Weber-Beckensträter
 Oxfordstraße 12–16 · 53111 Bonn
 Telefon: +49 228 60438-0
 Telefax: +49 228 60438-99
 info@bpa.de

Baden-Württemberg

Stefan Kraft
 Mobil: +49 172 4154918
Berthold Denzel
 Mobil: +49 173 5222451
Ronny Brosende
 Mobil: +49 171 6538350
Sven Schumacher
 Mobil: +49 160 98187594
Pia Donnert-Brehm
 Mobil: +49 173 2092456
Johanna Mulfinger
 Mobil: +49 152 09240503
Jennifer Ludwig
 Mobil: +49 171 3591385
 Marienplatz 8 · 70178 Stuttgart
 Telefon: +49 711 96049-60
 Telefax: +49 711 96049-70
 baden-wuerttemberg@bpa.de

Bayern

Joachim Görtz
 Mobil: +49 174 3463969
Fritz Habel
 Mobil: +49 173 7000943
Stefan Hahnemann
 Mobil: +49 173 9004059
Falk Roßkopf
 Mobil: +49 151 11601408
Johannes Keller
 Mobil: +49 151 23894889
Hannah Krahn
 Mobil: +49 160 7459618
Miriam van Kaick
 Mobil: +49 175 4289378
 Westendstraße 179 · 80686 München
 Telefon: +49 89 890448320
 Telefax: +49 89 890448321
 bayern@bpa.de

Berlin

Michael Lomb
 Mobil: +49 175 1091507
Adrian Imhof
 Mobil: +49 172 4154943
Neue Anschrift ab 1. April 2022:
 Spichernstraße 12 A · 10777 Berlin
 Telefon: +49 30 338475250
 Telefax: +49 30 338475279
 berlin@bpa.de

Brandenburg

Sabrina Weiss
 Mobil: +49 152 21732243
Uwe Mahrle
 Mobil: +49 172 4154939
Oliver Bösenner
 Schopenhauerstraße 7 · 14467 Potsdam
 Telefon: +49 331 97 92 33 70
 Telefax: +49 331 97 92 33 79
 brandenburg@bpa.de

Bremen/Bremerhaven

Johanna Kaste
 Mobil: +49 151 74128429
 Wachtstraße 17–24 · 28195 Bremen
 Telefon: +49 421 68544175
 Telefax: +49 421 68544177
 bremen@bpa.de

Hamburg

Uwe Clasen
 Mobil: +49 171 5021455
Philip Eckhardt
 Mobil: +49 151 15885353
Michael Lorenz
 Mobil: +49 151 21561400
Sören Fenner
 Mobil: +49 174 1837313
 Süderstraße 24 · 20097 Hamburg
 Telefon: +49 40 25307160
 hamburg@bpa.de

Hessen

Manfred Mauer
Sabine Söngen
 Mobil: +49 172 9911727
Stefan Hißnauer
 Mobil: +49 172 2438503
Oliver Hauch
 Mobil: +49 172 4103485
Markus Ahne
 Mobil: +49 151 72317292
Astrid Jestel-Rücker
 Mobil: +49 173 2751623
Mirjam Abraham
 Mobil: +49 151 41498624
 Schiersteiner Str. 86 · 65187 Wiesbaden
 Telefon: +49 611 341079-0
 Telefax: +49 611 341079-10
 Hessen@bpa.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dietmar Schmidt
 Mobil: +49 173 5186323
Carolin Möller
 Mobil: +49 160 90159111
Anja Welenz
 Mobil: +49 172 3275680
Rona Lehmköster
 Mobil: +49 172 5329688
 Köpmarkt – Am Grünen Tal 19 · 19063 Schwerin
 Telefon: +49 385 3992790
 Telefax: +49 385 3992799
 mecklenburg-vorpommern@bpa.de

Niedersachsen

Carsten Adenäuer
 Mobil: +49 1525 1672305
Jens Krüger
 Mobil: +49 173 6024877
Hinrich Ennen
 Mobil: +49 174 3051402
Björn Aselmeyer
 Mobil: +49 172 2832135
Nils Schwichtenberg-Zech
 Mobil: +49 160 92625800
Florian Araschmid
 Mobil: +49 162 1321678
Heide Grimmelmann-Heimburg
 Mobil: +49 173 9138325
 Herrenstraße 5 · 30159 Hannover
 Telefon: +49 511 123513-40
 Telefax: +49 511 123513-41
 niedersachsen@bpa.de

Nordrhein-Westfalen

Christine Strobel
 Mobil: +49 162 1311314
Iris Potthof
 Mobil: +49 160 92628199
Michael Siering
 Mobil: +49 173 1792829
Ulrich Kochanek
 Mobil: +49 173 6434880
Andrea Grote
 Mobil: +49 173 2062868
Alexandra Nuy
 Mobil: +49 151 74112553
Kirsten Hinz
 Mobil: +49 151 50945463
Sandra Mertins
Henning Sittlinger
 Mobil: +49 160 3321459
Nathalie Kinder
 Mobil: +49 151 10642636

David Schulz

Mobil: +49 162 2431280
 Friedrichstraße 19 · 40217 Düsseldorf
 Telefon: +49 211 311393-0
 Telefax: +49 211 311393-13
 nordrhein-westfalen@bpa.de

Rheinland-Pfalz

Jutta Schier
 Mobil: +49 173 2063932
Petra Therre
 Mobil: +49 151 19115274
Katrin Möller
 Mobil: +49 172 5300969
Jan-Christoph Harnisch
 Mobil: +49 170 8079188
Barbara Goetsch
 Rheinallee 79–81 · 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 88032-0
 Telefax: +49 6131 88032-10
 rheinland-pfalz@bpa.de

Saarland

Angela Eicher
 Mobil: +49 173 7464956
Mechthild Hoffmann
 Mobil: +49 151 15282066
 Heinrich-Barth-Straße 18 · 66115 Saarbrücken
 Telefon: +49 681 9488840
 Telefax: +49 681 9488842
 saarland@bpa.de

Sachsen

Jacqueline Kallé
 Mobil: +49 162 1341356
Olaf Schwabe
 Mobil: +49 173 7053759
Rudolf Pietsch
 Mobil: +49 172 2009392
Anne Müller
 Mobil: +49 172 6138210
Jacqueline Kertscher
 Mobil: +49 151 40730927
 Elsterstraße 8a · 04109 Leipzig
 Telefon: +49 341 52904460
 Telefax: +49 341 52904489
 sachsen@bpa.de

Sachsen-Anhalt

Daniel Heyer
 Mobil: +49 172 2690689
Anja Girschik
 Mobil: +49 160 8444538
Fabian Herrmann
 Mobil: +49 175 7227525
 Haeckelstraße 9 · 39104 Magdeburg
 Telefon: +49 391 24358630
 Telefax: +49 391 24358659
 sachsen-anhalt@bpa.de

Schleswig-Holstein

Kay Oldörp
 Mobil: +49 174 3327860
Roland Weißwange
 Mobil: +49 174 3427564
Anke Buhl
 Mobil: +49 160 6698384
Lars Tosch
 Mobil: +49 160 5566654
 Hopfenstraße 65 · 24103 Kiel
 Telefon: +49 431 66947060
 Telefax: +49 431 66947089
 schleswig-holstein@bpa.de

Thüringen

Thomas Engemann
 Mobil: +49 172 3167969
Mathias Räder
 Mobil: +49 172 4154939
 Haarbergstraße 61a · 99097 Erfurt
 Telefon: +49 361 6538688
 Telefax: +49 361 6538689
 thuringen@bpa.de

Seminare

Regine Arnhold
 Oxfordstraße 12–16 · 53111 Bonn
 Telefon: +49 228 60438-0
 Telefax: +49 228 60438-99
 seminare@bpa.de

bpa Europavertretung

c/o Deutsche Sozialversicherung
Europavertretung
Rue d'Arlon 50 · B-1000 Brüssel
europa@bpa.de
Tel. +49 30 30878860
Fax +49 30 30878889

bpa Servicegesellschaft

Servicegesellschaft mbH des Bundesverbandes
privater Anbieter sozialer Dienste e.V.

Hauptgeschäftsstelle

Rheinallee 79–81 · 55118 Mainz
Telefon: +49 6131 93024-0
Telefax: +49 6131 93024-29
Hotline: 0800 5005225
info@bpa-servicegesellschaft.de
Geschäftsführer

Michael Diehl

diehl@bpa-servicegesellschaft.de
Leiter Pflegesatzwesen

Christian Dix

dix@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Nord

Süderstraße 24 · 20079 Hamburg
Telefon: +49 40 253071620
infoNord@bpa-servicegesellschaft.de

Lars Becker

becker@bpa-servicegesellschaft.de

Lucas Scheybal

scheybal@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Süd

Rumfordstraße 10 · 80469 München
Telefon: +49 89 57879857
infoSued@bpa-servicegesellschaft.de

Michael O. Haile

haile@bpa-servicegesellschaft.de

Thomas Geier

geier@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle West

Werdener Straße 6 · 40227 Düsseldorf
Telefon: +49 211 59828939
infoWest@bpa-servicegesellschaft.de

Gunnar Michelchen

michelchen@bpa-servicegesellschaft.de

Arnaud Liminski

liminski@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Ost

Mehringdamm 66 · 10961 Berlin
Telefon: +49 30 30111066
infoOst@bpa-servicegesellschaft.de

Nico Kling

kling@bpa-servicegesellschaft.de

Lucas Scheybal

scheybal@bpa-servicegesellschaft.de

Versicherungen**Hans-Jürgen Erhard**

Rudolf-Wild-Str. 102 · 69214 Eppelheim
Telefon: 0800 5005225
versicherungen@bpa-servicegesellschaft.de

Konzeptionen**Marlies Enneking**

Meyers Grund 14 · 49401 Damme
Telefon: 0800 5005225
konzeptionen@bpa-servicegesellschaft.de

Impressum**Herausgeber:**

bpa.Bundesverband
privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
Friedrichstraße 148, 10117 Berlin

Redaktion bpa:

Bernd Tews (verantwortlich)
Norbert Grote
Susanne Jauch

Autoren:

Norbert Grote (ng)
Bernd Tews (bt)
Martin von Berswordt-Wallrabe (mvb)
Susanne Jauch (sj)
Pascal Tschörtner (pt)
Dietmar Schmidt (dsch)
Iris Potthof (ipo)
Stefan Kraft (sk)
Sven Schumacher (schu)
Oliver Stemann (ste)
Johanna Kaste (kas)
Carolin Möller (cm)
Carsten Adenäuer (cad)
Fabian Herrmann (herr)
Anke Buhl (abu)
Ilse Dittmer-Wolbersen (idw)
Barbara Goetsch (goe)
Annika Schneider (ann)
Olaf Schwabe (os)
Philip Eckhardt (eck)
Dr. Claudia Brase (bra)
Christopher Ratter (cr)
Mathias Räder (rä)
Michael Gelhard (mg)

Redaktionsanschrift:

bpa.Magazin
Friedrichstraße 148, 10117 Berlin
jauch@bpa.de

Redaktionsschluss:

5 Wochen vor Erscheinungstermin

Gestaltung:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Betriebsstätte Berlin – Abteilung Grafikdesign
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin
ubgnet.de

Fotografen:

Arne Pöhnert
Meike Kenn
Stefan Kaminski
Land NRW/M. Jähnen
Contec GmbH
Deutsches Institut für angewandte Pflegefor-
schung e.V. (DIP)
Oliver Stemann
Patricia Schwarz
Dietmar Schmidt
Anett Hüssen
Philip Eckhardt
Astrid Bahr
Christopher Ratter
Björn Aselmeyer
Thorsten Meilahn
Uwe Reinert
Jens Naumann
Max Ott
Daniel Bartlakowski
Mathias Räder
Julius Kosack
Axel Schnell
Felix Matthies

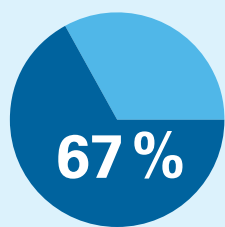
Die nächste Ausgabe des bpa.Magazins

erscheint voraussichtlich am 15. Dezember 2022
ISSN 0947-4285 Ausgabe #119

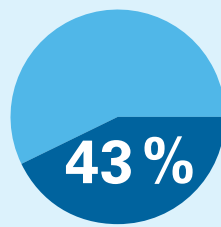
Wussten Sie schon?

Fakten zur privaten Pflege in Deutschland

Der Anteil privater Pflegeunternehmen an der Versorgung



ambulante
Dienste



teilstationär
und stationär

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik

Anstieg der Pflegebedürftigen in der Pflegeversicherung



Quelle: Barmer-Pflegereport 2021

bis zu
125
Mrd. €



Notwendige Investitionen
in pflegerische Infrastruktur
bis 2040

Quelle: Pflegeheim Rating Report 2022